



Energiearmut in der Grazer Bevölkerung

Situationsanalyse und politische Handlungsoptionen

Graz, November 2013

Auftraggeber:
Stadt Graz Umweltamt
G R A Z
UMWELT

Impressum:

Christoph Steiner
Sebastian Seebauer

Wegener Center für Klima und Globalen Wandel
Karl-Franzens-Universität Graz

Zusammenfassung

Energiearmut hat sich in den letzten Jahren zu einem viel diskutierten Thema entwickelt. Es gibt jedoch noch keine anerkannte einheitliche Definition. Je nach Definition fällt die Anzahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte in Graz unterschiedlich aus:

Definition von Energiearmut	von Energiearmut betroffene Haushalte in Graz
Haushalte, die mehr als 10% ihres Einkommen für Energiekosten aufwenden	11.000-14.000 Haushalte
armutsgefährdete Haushalte mit überdurchschnittlich hohen Energiekosten	3.000-4.000 Haushalte
Haushalte, die es sich subjektiv nicht leisten können, die Wohnung warm zu halten	ca. 3.500 Haushalte
Bezugsberechtigte für den Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark	14.000 Haushalte
von Stromabschaltungen betroffene Haushalte	1.500 Haushalte

Tabelle 1: Von Energiearmut betroffene Haushalte in Graz nach Definition

Etwa 3.000-10.000 Haushalte in Graz können als energiearm eingestuft werden. Diese Betroffenenzahlen sind aus sozialstatistischen Sekundärdaten abgeleitet. Sie unterliegen hohen statistischen Ungenauigkeiten und sind als Schätzungen zu verstehen.

Es gibt keine klaren Hinweise auf eine Zunahme der von Energiearmut betroffenen Haushalte in den letzten Jahren. Steigende Energiepreise betreffen vor allem Ausgaben für Treibstoff, und kaum Ausgaben für Strom, Raumwärme und Warmwasser.

Bisherige Studien zeigen, dass insbesondere einkommensschwachen Haushalten der Zugang zu Energieeffizienzmaßnahmen verwehrt ist. Die Betroffenheit energieärmer Haushalte wird zusätzlich dadurch verschärft, dass diese Haushalte häufiger in Gebäuden mit schlechtem Baustandard leben und mit Holz, Kohle oder Heizöl heizen.

Österreich steht in Hinblick auf die Bekämpfung von Energiearmut noch am Anfang. Dennoch gibt es bereits zahlreiche Politikinstrumente, die zur Eindämmung des Phänomens wesentlich beitragen können (Tabelle 2).

Aus der Literatur sowie aus dem Vergleich mit anderen Bundesländern und Staaten zeigt sich klar ein Abwenden vom bisher vorherrschenden Regime an finanziellen, nicht widmungsgebundenen Energiekostenzuschüssen. Neuere Maßnahmen richten sich auf die Ursachen von Energiearmut via Gerätetausch und Investitionen in Gebäudehülle und Heizsystem, via Veränderung des alltäglichen Verbraucherverhaltens, und via gesetzlicher Regelungen, die eine Verschärfung von Energiearmut hin zu einer sozialen Notlage verhindern sollen.

Finanzielle Zuschüsse

<i>Gebäudesanierung und Umstellung von Heizungssystemen</i>	<p>Land Steiermark und Stadt Graz bieten Förderungen für energetische Sanierung und Umstellung von Heizsystemen an.</p> <p>Gebäudesanierungen und Umstellungen von Heizsystemen können Energiekosten nachhaltig senken. Zurzeit werden energiearme Haushalte von diesen Maßnahmen jedoch schlecht erreicht.</p> <p>Empfehlenswert sind eine stärkere Bewerbung über Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen, sowie eine Umstellung von fall- auf gebietsbezogene Fördervergabe.</p>
<i>Heiz- und Energiekostenzuschüsse</i>	<p>Mehrere öffentliche Stellen vergeben finanzielle Zuschüsse zu Energiekosten für einkommensschwache Haushalte.</p> <p>Die Höhe der Zuschüsse ist im Vergleich zu den jährlichen Energiekosten gering. Auch werden Zuschüsse nicht widmungsbezogen vergeben. Wegen Scham oder intransparenter Richtlinien nehmen viele energiearme Haushalte diese Zuschüsse nicht in Anspruch.</p> <p>Sinnvoll ist eine Kopplung mit Sachleistungen, mit Investition in energieeffiziente Wohnungsausstattung, und mit Energieberatung.</p>

Strukturmaßnahmen

<i>Energieeffizienzfonds</i>	<p>Energieunternehmen, die EU-Vorgaben für nachfrageseitige Energiesparmaßnahmen nicht erfüllen, werden voraussichtlich Ausgleichszahlungen in einen Fonds leisten.</p> <p>Es wird empfohlen, die Vergabekriterien dieses Fonds unter anderem auf energiearme Haushalte auszurichten.</p>
<i>Gestaltung der Tarifstrukturen</i>	<p>Energieanbieter können Sozialtarife für einkommensschwache Haushalte vergeben. Durch Wechsel des Stromanbieters sind deutliche Kosteneinsparungen erzielbar.</p>
<i>Aktionsplan gegen Energiearmut</i>	<p>Ein Aktionsplan trifft Zielvorgaben und Maßnahmenkoordination zur Bekämpfung von Energiearmut. In Österreich hat bisher nur Oberösterreich eine übergreifende Strategie.</p> <p>Die Erarbeitung eines städtischen Aktionsplans wird empfohlen.</p>
<i>Energiemindestsicherung</i>	<p>Eine Energiemindestsicherung kann die bedarfsbezogene Grundversorgung mit Energie für alle Haushalte gewährleisten.</p>

<i>Abschaltprävention</i>	Energiearme Haushalte sind häufig von massiven Belastungen durch Abschaltungen betroffen. Nachzahlungen können wegen des geringen frei verfügbaren Einkommens schwer bewältigt werden. Energieunternehmen könnten vorbeugende Maßnahmen wie kürzere Rechnungsintervalle, Vorwarnung bei drohender Nachzahlung oder Prepaid-Stromzähler umsetzen.
<i>Überbrückung des Mieter-Vermieter Dilemmas</i>	Investitionen unterbleiben wegen Interessenskonflikten zwischen Mietern und Vermietern. Energiearme Haushalte leben oft in Mietverhältnissen und können sich Investitionen nicht leisten. Es sollten Modelle zur Kostenteilung zwischen Mietern und Vermietern entwickelt werden.
Sachzuschüsse, Beratungs- und Informationsmaßnahmen	
<i>Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte</i>	Mehrere Pilotprojekte konnten beachtliche Energie- und Kosteneinsparungen bei energiearmen Haushalten erreichen. Zentraler Erfolgsfaktor ist das Engagement lebensweltnaher EnergieberaterInnen. Es wird empfohlen, ein Pilotprojekt in Graz zu initiieren, um den späteren Breiteneinsatz vorzubereiten.
<i>Gerätetauschaktionen</i>	Austausch ineffizienter Altgeräte gegen effiziente Neugeräte als Alternative zu Energiekosten-Zuschüssen.
<i>Verständliche Energie-rechnungen</i>	Übersichtliche Verbrauchsinformationen ermöglichen eine Einschätzung des eigenen Verbrauchsverhaltens. Energieunternehmen könnten zur regulären Stromrechnung ein informatives Beiblatt verschicken.
<i>Verbrauchsfeedback durch Smart Metering oder kürzere Rechnungs-intervalle</i>	Durch Sichtbarmachen und kontinuierliches Rückmelden des Energieverbrauchs können Wissen und Handlungskompetenzen für Energiesparen erworben werden. Smart Metering wird in den nächsten Jahren österreichweit eingeführt. Diese Energieinformationssysteme sollten auch auf die Bedürfnisse energieärmer Haushalte ausgerichtet werden.

Tabelle 2: Politikinstrumente zur Bekämpfung von Energiearmut

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Einleitung	6
1.1. Situation in Europa.....	6
1.2. Situation in Österreich	6
1.3. Situation in Graz & Steiermark.....	7
2. Methode	8
2.1. Sekundäranalyse	8
2.2. Experteninterviews.....	9
3. Definitionen von Energiearmut	10
3.1. Allgemeine Definition.....	10
3.2. Definition nach Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen	10
3.3. Definition nach hohen Energiekosten und Armutgefährdung	10
3.4. Definition nach subjektiver Wahrnehmung von Energiearmut.....	11
3.5. Definition nach Baustandard in Wohngebieten	11
3.6. Indirekte Definition	12
3.7. Definitionen klammern multiple Ursachen aus	13
4. Situationsanalyse zu Energiearmut	15
4.1. Energiearmut in Österreich.....	15
4.2. Energiearmut in der Grazer Bevölkerung	17
4.3. Subjektiv wahrgenommene Energiearmut: Zeitl. Entwicklung	18
4.3.1. Abschaltquoten	19
4.3.2. Heizkostenzuschussbeziehende	19
5. Charakterisierung von energiearmen Haushalten	21
5.1. Betroffene Personengruppen	21
5.2. Wohnsituation energieärmer Haushalte	22
5.3. Verwendung von Energieträgern.....	22
6. Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut	23
6.1. Finanzielle Zuschüsse	23
6.1.1. Gebäudesanierung und Umstellung von Heizsystemen	23
6.1.2. Heiz- und Energiekostenzuschüsse.....	25
6.2. Strukturmaßnahmen	27
6.2.1. Energieeffizienzfonds	27
6.2.2. Gestaltung der Tarifstrukturen.....	28
6.2.3. Aktionsplan gegen Energiearmut	29
6.2.4. Energiemindestsicherung.....	30
6.2.5. Abschaltprävention	30
6.2.6. Überbrückung des Mieter–Vermieter Dilemmas	31
6.3. Sachzuschüsse, Beratungs- und Informationsmaßnahmen	32
6.3.1. Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte	32
6.3.2. Gerätetauschaktionen	34
6.3.3. Verständliche Energierechnungen	34
6.3.4. Verbrauchsfeedback durch Smart Metering oder kürzere Rechnungsintervalle.....	35
6.4. Conclusio zu Maßnahmen	38
7. Zentrale Aussagen aus den Experteninterviews	39
8. Literaturverzeichnis	41
9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	45

1. Einleitung

In der Debatte um leistbare Energieversorgung von Privathaushalten wird in den letzten Jahren zunehmend der Begriff der Energiearmut aufgeworfen. Energiearmut beschreibt das Phänomen des erschwerten Zugangs zu adäquater und bezahlbarer Energie und ist eine Querschnittsmaterie zwischen Energie-, Sozial- und Wohnungspolitik. Laut Internationaler Energieagentur ist das Phänomen vor allem an drei Aspekten festzumachen: Geringes Haushaltseinkommen, hohe Energiepreise und eine (aus energetischer Sicht) schlechte Wohnqualität. Obwohl Energiearmut meist mit einer finanziellen Notlage einhergeht, ist Einkommensarmut nicht die zwingende Voraussetzung um in den Energiearmutsbegriff zu fallen. In der Diskussion von Energiearmut sollte daher klar zwischen allgemeiner Armut und sozialer Ungleichheit einerseits, und Energiearmut infolge hoher Energiekosten andererseits differenziert werden.

Energiearme Haushalte können aber nicht nur laufende Ausgaben für Strom, Heizung und Warmwasser durch ihr geringeres Einkommen schlechter bewältigen, darüber hinaus können sie Investitionen in energieeffiziente Geräte und Wohnungsausstattung schlechter aufbringen und können aufgrund eines niedrigeren Bildungsstandes oder kultureller Barrieren einen schlechteren Zugang zu Energiesparwissen und zum Wohnungsmarkt haben.

1.1. Situation in Europa

In Europa sind 150 Millionen Menschen von Energiearmut betroffen (Bird et al. 2010 zit. n. Benke et al. 2012b: 3). Folglich fordert die *EU-Charta der Rechte der Energieverbraucher* Aktionen der Mitgliedsstaaten, um das Armutsrisiko durch hohe Energiepreise zu verringern, etwa durch eine Förderung sozial schwacher Haushalte (Europäische Kommission 2007: 3). Eine hinreichende Auseinandersetzung in den EU-Ländern ist jedoch erst im Entstehen (Pachauri & Spreng 2010: 7497).

1.2. Situation in Österreich

In Österreich sind derzeit rund 90.000 Haushalte, das sind rund 2,5% aller Haushalte, von Energiearmut betroffen (E-Control 2013). Aufgrund der Tatsache, dass es noch keine einheitlich anerkannte Definition von Energiearmut gibt, ist ein Vergleich der bisher veröffentlichten Zahlen zu den Betroffenen jedoch problematisch (Boardman 2010: 4).

Obwohl Energiefragen seit den 70er Jahren immer wieder auf der politischen Agenda standen, liegen bisher relativ wenige Konzepte vor, die eine längerfristige Perspektive zur Lösung der verbundenen Fragen zu Energie, Verteilung und Armut darlegen (Baum 2008: 10). Erst in den letzten Jahren hat man sich in Österreich (vor allem in Zusammenhang mit den steigenden Energiepreisen) intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt.

Zwar gibt es noch kein nationales Programm gegen Energiearmut, dennoch wurden bereits einige Initiativen zur Eindämmung des Problems gesetzt. Oberösterreich hat sich vermutlich am intensivsten mit der Thematik auseinandergesetzt und erst kürzlich ein Aktionsprogramm gegen Energiearmut verabschiedet. (Appel & Fernández 2012: 11). Als

Maßnahmen dieses Aktionsprogramms werden flächendeckend Energieberatungen durchgeführt und bei energieineffizienten Geräten ein Gerätetausch durchgeführt. (Friedl 2011: 2). Weitere Untersuchungen zu Energiearmut in Österreich wurden unter anderem im Projekt "NELA" (Brunner et al. 2010) oder im Projekt „Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten“ der E-Control (in Kooperation mit der Caritas) durchgeführt.

Mit der kürzlich am 14.11.2013 veranstalteten Fachtagung zur „Armutsfalle Energie?“ hat die E-Control die Frage der betroffenen Haushalte und möglicher Maßnahmen gegen Energiearmut erneut auf die politische Agenda gebracht.

1.3. Situation in Graz & Steiermark

Der Energieplan des Landes Steiermark für die Jahre 2005–2015 beinhaltet die wesentlichen energiepolitischen Zielsetzungen des Landes. Das Ziel der Senkung des spezifischen Energieeinsatzes um 1% pro Jahr bei Haushalten kann zwar am Rande zu einer Entlastung einkommensschwacher und energieärmer Haushalte führen, Energiearmut als solche ist in den strategischen Zielsetzungen jedoch noch wenig verankert und wird auch in den EU-Richtlinien zum Strom- und Gasmarkt noch wenig thematisiert (Experteninterview Land Steiermark: 39).

Der Energieplan sieht zudem, im Zusammenhang mit der bestehenden Feinstaubproblematik, eine Verdichtung bestehender und Erschließung neuer Fernwärmegebiete im Raum Graz vor (Land Steiermark 2005: 70). Im Zuge dieses Ausbaus zeichnet sich ab, dass ärmere Haushalte zwar die Investition der Heizungsumstellung dank Förderung bewältigen können, aber mangels entsprechender Nutzungsgewohnheiten und Kostenbewusstsein oftmals von einem drastischen Anstieg der laufenden Heizkosten betroffen sind. Energiearmut steht daher mittlerweile verstärkt auf der Agenda der Grazer Stadtpolitik.

Finanzielle Belastungen einkommensschwacher Haushalte durch hohe Energiekosten und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen werden aktuell in Form monetärer Zuschüsse (wie z.B. Heiz- und Energiekostenzuschüssen) abgedeckt. Energiearmut umfasst jedoch nicht nur eine finanzielle Einschränkung durch niedriges Einkommen und steigende Energiepreise, sondern auch begrenzte Handlungsmöglichkeiten (z.B. Barrieren beim Wohnungswechsel oder thermischer Sanierung) und geringes Bewusstsein für Energieverbrauch. Die Perspektive auf Energiearmut in der Grazer Bevölkerung sollte daher auch Aspekte von Energiearmut in Betracht zu ziehen, die über die unmittelbare finanzielle Lage hinausgehen.

2. Methode

2.1. Sekundäranalyse

Mittels sozialstatistischer Sekundäranalysen wird quantifiziert, wie viele und welche Grazer Haushalte von Energiearmut betroffen sind. Es werden folgende Datensätze der Statistik Austria herangezogen:

- Konsumerhebungen aus den Jahren 2004/05 und 2009/10
- EU-SILC Erhebungen aus den Jahren 2004 - 2011

Die Stichproben für diese Erhebungen wurden repräsentativ für Österreich gezogen. Für Aussagen über die Steiermark und über Graz stehen daher nur kleinere Substichproben aus diesen Erhebungen zur Verfügung, die von hohen statistischen Schwankungsbreiten betroffen sind. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die jeweiligen Fallzahlen nach betrachteter Ebene und Datenquelle.

	EU-SILC									Konsum-erhebung	
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	04/05	09/10	
Österreich	2260	2521	2978	3354	5711	5878	6188	6187	8400	6534	
Wien	474	421	517	614	1069	1157	1299	1315	1794	1246	
Steiermark	348	401	469	487	753	784	842	828	1067	923	
Städte > 100.000 EW*	107	128	165	219	383	389	388	403	557	451	
Graz	87	70	103	98	158	174	199	197	206	174	

Tabelle 3: Fallzahlen in Substichproben der Sekundäranalysen

*Linz, Salzburg, Innsbruck; außer Wien

Alle quantitativen Aussagen dieses Berichts über die Situation in Graz sind daher nur Schätzwerte, die mit Zurückhaltung zu interpretieren sind. Belastbare Zahlen über Energiearmut in Graz erfordern Graz-spezifische Erhebungen, die bei ausreichend großen Stichproben auch eine Differenzierung zwischen Stadtbezirken erlauben. Mögliche Quellen für Graz-spezifische Daten sind:

- Umfrage 2013 zur Lebensqualität in Graz: Diese Umfrage wurde im Herbst 2013 durchgeführt. Ergebnisse der Erhebung sollen mit Ende Jänner 2014 vorliegen. Die Umfrage erhebt die subjektive Belastung der Wohnbevölkerung durch Energiepreise mit der Frage „Wie zufrieden sind Sie mit / wie wichtig ist Ihnen: Höhe der Heizkosten bzw. Höhe der Stromkosten“.
- Kundendaten von Energieunternehmen: Die größten Energieversorger in Graz könnten anonymisiert ausweisen, wie häufig es unter ihren Kunden zu Mahnungen und zu Strom-/Gasabschaltungen kommt. Abschaltungen sind ein Indikator für Energiearmut (siehe Kap. 3).

2.2. Experteninterviews

Um sich dem Themengebiet explorativ zu nähern, wurden die Einschätzungen ausgewählter Experten zum Thema Energiearmut eingeholt. Bei der Auswahl der Befragten wurde versucht, einen möglichst umfassenden Blick auf die Thematik zu erlangen und verschiedene Sichtweisen auf das Phänomen Energiearmut zu berücksichtigen. In Summe wurden sechs Interviews mit VertreterInnen aus den Bereichen Wissenschaft (ÖIN, IFZ Graz), öffentlichen Stellen (Land Steiermark), Interessensvertretung (Arbeiterkammer Steiermark), einem Pilotprojekt gegen Energiearmut (Projekt NELA) sowie dem Landes Energieverein Steiermark geführt.

3. Definitionen von Energiearmut

Aufgrund der noch mangelhaften Forschungslage zum Thema Energiearmut ist es schwierig eine einheitliche Definition des Begriffs auszumachen. In diesem Kapitel soll ein Überblick über bereits bestehende Definitionen in Hinblick auf deren unterschiedlichen Zugang zum Phänomen gegeben werden. Tabelle 4 bietet eine Übersicht über die erwähnten, sowie weitere ausgewählte Definitionen von Energiearmut.

3.1. Allgemeine Definition

Allgemeine Definitionen beschreiben Energiearmut als den mangelhaften Zugang zu angemessenen Energiedienstleistungen, um an den Grundzügen des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können. Diese Definitionen legen aber keine eindeutigen Kriterien fest, nach denen die Anzahl und Charakteristika der Betroffenen quantifiziert werden können. In Hinblick auf eine Messung von Energiearmut können diese Definitionen daher wenig Klarheit verschaffen.

3.2. Definition nach Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen

Großbritannien gilt als eines der wenigen Länder der EU, in dem der Begriff Energiearmut offiziell definiert ist. Brenda Boardman setzte in ihrem Buch „Fuel Poverty: From Cold Homes to Affordable Warmth“ erstmals den Grundstein für eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung. Nach dieser Definition *„gelten jene Haushalte als energiearm, die mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die notwendigen Energiekosten aufwenden müssen, um den Wärmestandard gemäß der Weltgesundheitsorganisation [21°Celsius] zu erreichen und den weiteren notwendigen Energiebedarf (vor allem Elektrizität) zu decken.“* (E-Control 2012: 2).

Die Zahl der demnach von Energiearmut betroffenen Haushalte in Großbritannien ist seit 2003 signifikant angestiegen. Im Jahr 2009 waren dort knapp 4 Millionen Haushalte von Energiearmut betroffen (Fuel Poverty Strategy 2012: 1), das sind ca. 6% der gesamten britischen Bevölkerung.

Kritisiert wird an dieser Definition, dass der Prozentsatz von 10% willkürlich gewählt ist und sowohl Wohnungskosten, und -größe als auch die Zusammensetzung des Haushalts zu berücksichtigen wären. Auch berücksichtigt die Definition nicht die soziale Notlage, in der sich Menschen mit Zahlungsschwierigkeiten oftmals befinden. Es können daher auch jene Haushalte als energiearm eingestuft werden, die zwar von hohen Energiekosten betroffen sind, aber dennoch über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen verfügen.

3.3. Definition nach hohen Energiekosten und Armutgefährdung

Hills (2012) betont, dass sich eine hinreichende Definition von Energiearmut vorwiegend „aus dem Zusammenspiel von unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen und überdurchschnittlichen Energiekosten [ergibt].“ (Hills 2012: 8). Auch solle ein neuer

Indikator integriert werden, der „die Tiefe des Problems“ misst: Dieser Indikator setzt die Höhe des gemessenen Energieverbrauchs in Bezug zu den zumutbaren Kosten, die sich aus dem Median des aktuellen Energiebedarfs der Gesamtbevölkerung ergeben. (Hills 2012: 9f).

Für die Berechnung des Indikators wird zuerst der Wohnaufwand (W) vom Haushaltseinkommen (E) abgezogen und daraufhin die neue Armutgefährdungsgrenze (E-W) ermittelt. Anschließend werden die notwendigen Energiekosten hinzugaddiert. Diese neue Einkommensschwelle definiert nun die Grenze zwischen, von Energiearmut betroffenen Personen (sofern diese auch überdurchschnittlich hohe Energiekosten haben) und jenen, die nicht von Energiearmut betroffenen sind (E-Control 2012: 10).

E-Control (2012) schließt sich diesem Zugang für Österreich an und koppelt ebenfalls ein Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle mit überdurchschnittlich hohen Energiekosten. Dieses Konzept berücksichtigt, dass von Energiearmut Betroffene sich überwiegend in einer finanziell deprivierten Lage befinden. Haushaltsgröße und Wohnaufwand sollen bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt werden. Als überdurchschnittlich hohe Energiepreise sollen Ausgaben für Energie (Strom und Wärme) gelten, die merklich über den Medianausgaben liegen.

3.4. Definition nach subjektiver Wahrnehmung von Energiearmut

Die subjektive Wahrnehmung von Energiearmut, d.h. die persönliche Einschätzung, finanziell nicht in der Lage zu sein, die eigene Wohnung angemessen heizen zu können, ist ein weiterer Indikator für manifeste Energiearmut.

Im Zuge der Haushaltsumfragen des EU-SILC wird gefragt, ob es sich "*der Haushalt leisten kann, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten.*" (E-Control 2012: 3). Eine subjektive Selbsteinschätzung kann teilweise wesentlich mehr über die aktuelle Lebenssituation und die Zufriedenheit mit dieser Situation aussagen, als es bei rein sozialstatistischen Indikatoren der Fall wäre.

Eine ähnliche Definition wird in der LQI2013-Umfrage der Stadt Graz verwendet. Darin wird die Zufriedenheit mit und die Wichtigkeit von der „*Höhe der Heizkosten bzw. Höhe der Stromkosten*“ erhoben. Ergebnisse dieser Umfrage sollen mit Ende Jänner 2014 verfügbar sein.

3.5. Definition nach Baustandard in Wohngebieten

Im Zuge des Warm Front Scheme Projekts, welches im Jahr 2000 vom englischen *Department of Energy and Climate Change* initiiert wurde, wird Energiearmut auch an einem schlechten Gebäudestandard neben Haushaltseinkommen und Energiepreis festgemacht (Warm Front Scheme 2009: 9).

Im Gegensatz zu anderen Definitionen greift dieser Zugang nicht einzelne betroffene Haushalte aus der Gesamtbevölkerung unabhängig von ihrem Wohnort heraus, sondern richtet sich an geografische Gebiete mit schlechter Bausubstanz und einkommensschwacher Wohnbevölkerung. Der Fokus auf Gebäudeeinheiten erleichtert Investitionen in bauliche Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung.

3.6. Indirekte Definition

Als indirekter Zugang können jene Haushalte als energiearm eingestuft werden, die formell anspruchsberechtigt für bestehende Maßnahmen wie Heizkostenzuschüsse sind. Die Richtlinien des Landes Steiermark für einen Heizkostenzuschuss berücksichtigen die Einkommenssituation und Haushaltsstruktur, aber nicht die Belastung durch Energiekosten, insofern ist diese indirekte Definition eher ein Indikator für allgemeine Armut als für Energiearmut. Die Perspektive auf Heizkostenzuschüsse zeigt auch, wie treffsicher diese Maßnahmen sind, d.h. wie gut sie jene Haushalte erreichen, die gemäß anderer Definitionen als energiearm eingestuft werden.

Weiters können jene Haushalte als energiearm angesehen werden, die durch Strom- oder Gasabschaltungen temporär vom Zugang zu Energiedienstleistungen ausgeschlossen werden. Abschaltungen werden nach Zahlungsverzug und mehrmaligen Mahnungen durchgeführt und können dadurch bedingt sein, dass der Haushalt nicht über ausreichend Einkommen verfügt, um seine Energiekosten zu bestreiten. Wenn der Haushalt keine Nachzahlungen in absehbarer Zeit leisten kann und über keine Unterstützung durch soziale Netzwerke verfügt, kann eine Abschaltung eine dauerhaft soziale Problemlage bedeuten.

Allgemeine Definitionen

Lewis (1982):

Fuel poverty is „*The inability to afford adequate warmth in the home*“

Buzar (2007):

“The inability to heat the home up to a socially and materially necessitated level” (Buzar 2007, 9)

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2010):

Unter Energiearmut ist „(...) *der mangelnde Zugang zu adäquaten, bezahlbaren, zuverlässigen, qualitativ hochwertigen, sicheren und umweltfreundlichen Energiedienstleistungen für die menschliche Entfaltung gemeint.*“ (Kopatz et al. 2010: 7).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2010):

Energiearmut ist als „*Schwierigkeit oder Unmöglichkeit zu definieren, seine Wohnstätte angemessen und zu einem korrekten Preis zu heizen sowie über weitere grundlegende Energiedienstleistungen zu einem angemessenen Preis zu verfügen.*“ (Santillán Cabeza 2010 zit.n. E-Control 2012: 7)

Friedl (2011):

„*Energiearmut entsteht aus der Kombination der Determinanten geringes Einkommen, mangelnde Energieeffizienz (hinsichtlich der Gebäudestandards und Geräte) und steigende Energiepreise*“ (Friedl 2011: 5)

Moore (2012):

Neben Wohnungskosten sollen auch Kosten für alle anderen essentiellen Lebensbereiche (Nahrung, Kleidung, kulturelle Teilhabe, Kindererziehung...) berücksichtigt werden, bevor es zur Ermittlung von Energiearmut kommt (E-Control 2012: 11).

Definition nach Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen
UK-Definition (2012): " <i>[Es gelten] jene Haushalte als energiearm, die mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die notwendigen Energiekosten aufwenden müssen, um den Wärmestandard gemäß der Weltgesundheitsorganisation zu erreichen und den weiteren notwendigen Energiebedarf (vor allem Elektrizität) zu decken.</i> " (E-Control 2012: 2)
Definition nach hohen Energiekosten und Armutgefährdung
Hills (2012): Energiearmut ergibt sich „aus dem Zusammenspiel von unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen [60% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung nach Abzug der Energiekosten] und überdurchschnittlichen Energiekosten [über dem Median der Energiekosten der Gesamtbevölkerung].“ (Hills 2012: 8).
E-Control (2012): "Als energiearm sollen jene Haushalte gelten, die über ein Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle verfügen aber gleichzeitig überdurchschnittlich hohe Energiekosten zu begleichen haben." (E-Control 2012: 4)
Definition nach subjektiver Wahrnehmung von Energiearmut
EU-SILC (2004-2011): Energiearmut liegt vor, wenn der Haushalt angibt, dass er es sich "nicht leisten kann, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten."

Tabelle 4: Definitionen von Energiearmut

3.7. Definitionen klammern multiple Ursachen aus

Die meisten Definitionen klammern die vielfältigen Ursachen und Problemlagen aus, die zu Energiearmut in Privathaushalten führen können. Allgemeine Armut, mangelndes Wissen über energieeffizientes Heizen und Lüften, eingeschränkte Kompetenzen und Möglichkeiten zum Wechsel in thermisch effizientere Wohnungen, energieintensive Konsumgewohnheiten und viele weitere Ursachen, wie sie in Pilotprojekten zu Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten festgestellt wurden, führen letztendlich zum Eintritt in die Energiearmut. Nachhaltige Maßnahmen zur Reduktion von Energiearmut sollten daher nicht nur darauf abzielen, eine definierte Gruppe an Betroffenen zu erreichen, sondern auch die Ursachen für deren Energiearmut zu verändern. Heizkostenzuschüsse als „Symptombekämpfung“ sind diesbezüglich ein Negativbeispiel.

Weiters ist zu berücksichtigen, dass alle Definitionen, die auf Energiekosten abstehen, Anpassungsmaßnahmen der Betroffenen ausklammern. Wenn ein Betroffener etwa kostenloses Brennmaterial nützt (z.B. Verheizen von Obststeigen in Schwedenöfen) oder die Raumtemperatur zur Kostenersparnis herunterregelt, so scheint er in Sozialstatistiken als ein nicht-energiearmer Haushalt mit geringen Energiekosten auf. Tatsächlich kann er

durch Rauchgase, Schimmel etc. belastet sein. Ein Viertel bis die Hälfte energieärmer Haushalte schraubt ihren alltäglichen Energieverbrauch herunter, um ausreichend Geld für andere Bedürfnisse zur Verfügung zu haben (Müller 2013: 8-9, Christianell 2013: 17-19). Es ist daher sinnvoll, die Diskussion um Energiearmut mit Hinblick auf Wohnverhältnisse und Verbrauchsverhalten der Betroffenen zu führen.

4. Situationsanalyse zu Energiearmut

4.1. Energiearmut in Österreich

Laut Konsumerhebung 2009/10 machen Ausgaben für „Wohnen, Energie“ mit 23,8% den größten Anteil an den durchschnittlichen Ausgaben aller privaten Haushalte aus. Weitere große Ausgabenbereiche wie "Verkehr" (15,0%), "Freizeit, Sport, Hobby" (12,8%) und "Ernährung, Alkoholfreie Getränke" (12,1%) beanspruchen einen deutlich niedrigeren Anteil des Haushaltseinkommens (Statistik Austria 2011: 43).

In absoluten Zahlen haben die betrachteten Haushalte durchschnittlich 193€ im Monat für Energie insgesamt ausgegeben, wovon 34% auf Verkehr, 36% auf Raumwärme und Warmwasser und rund 30% auf Strom entfallen (Austrian Energy Agency 2009: 3).

Anteilmäßig wurden 2009 etwa 4,7% des Haushaltseinkommens für Haushaltsenergie (Strom- und Heizkosten) aufgewendet, das entspricht in absoluten Zahlen durchschnittlich 127€ die monatlich für Energiekosten in den vier Wänden aufgebracht werden. Von Energiearmut betroffene Haushalte müssen, obwohl sie sich ohnehin bereits in einer finanziell prekären Situation befinden, mit 191€ monatlich auch in Absolutzahlen deutlich mehr Geld für Energiekosten aufwenden.¹

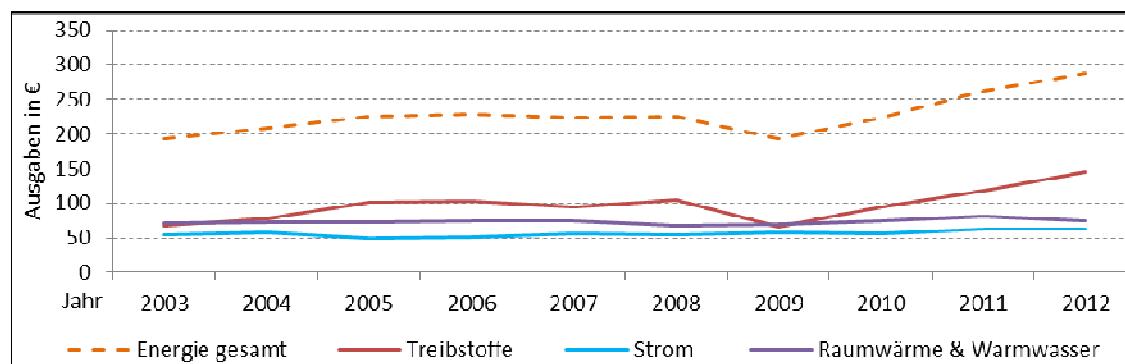


Abbildung 1: Durchschnittliche monatliche Energieausgaben österreichischer Haushalte (in Euro) gesamt und für Treibstoffe, Strom, Raumwärme & Warmwasser, 2003 – 2012; Quelle: Austrian Energy Agency

Die Haushaltsausgaben für Energie stiegen im Zeitraum von 2009 – 2012 um 49%. Abbildung 1 verdeutlicht, dass der Energiepreisanstieg vor allem aufgrund des Anstiegs der Treibstoffpreise seit 2009 zustande kam. Wenn man die Energiekosten für Verkehr ausklammert, fällt der Anstieg deutlich geringer aus.

Für Energiekosten im Haushalt (Strom- und Heizkosten) wurden im Jahr 2012 durchschnittlich etwa 138€ (Austrian Energy Agency 2012: 4) bzw. im Jahr 2013 etwa 163€ (E-Control 2013) ausgegeben. Im Jahr 2012 fielen davon etwa 75€ für Raumwärme & Warmwasser sowie 64€ für Strom an.

¹ Zahlen laut Konsumerhebung 2009/10; Haushalte nach E-Control Definition energiearm

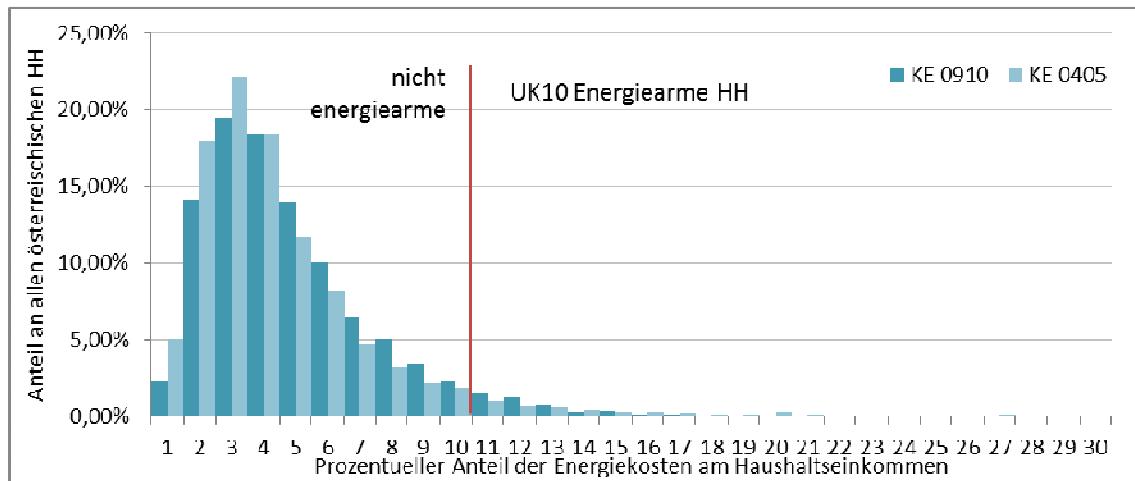


Abbildung 2: Anteil der Energieausgaben am Haushaltseinkommen für Österreich; Quelle: Konsumerhebung 2004/05, Konsumerhebung 2009/10

Der Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen hat zwischen den beiden Konsumerhebungen nur geringfügig von 4,4% (2004) auf 4,7% (2009) zugenommen. Abbildung 2 veranschaulicht, dass sich die Verteilung der Anteilswerte an der österreichischen Bevölkerung zwischen 2004 und 2009 kaum verändert hat. Der Grenzwert von 10% definiert die Schwelle, über der ein Haushalt in den britischen Energiearmutsbegriff fällt. Im Jahr 2009 waren 11,6% der österreichischen Haushalte nach dieser Definition von Energiearmut betroffen.²

Die Energieausgaben privater Haushalte hängen zudem mit der Preisentwicklung am Energiemarkt zusammen, die sich verstärkt auf energiearme Haushalte auswirkt. Der österreichische Strom- und Gaspreisindex veranschaulicht die Energiepreisentwicklung über die letzten Jahre (siehe Abbildung 3).

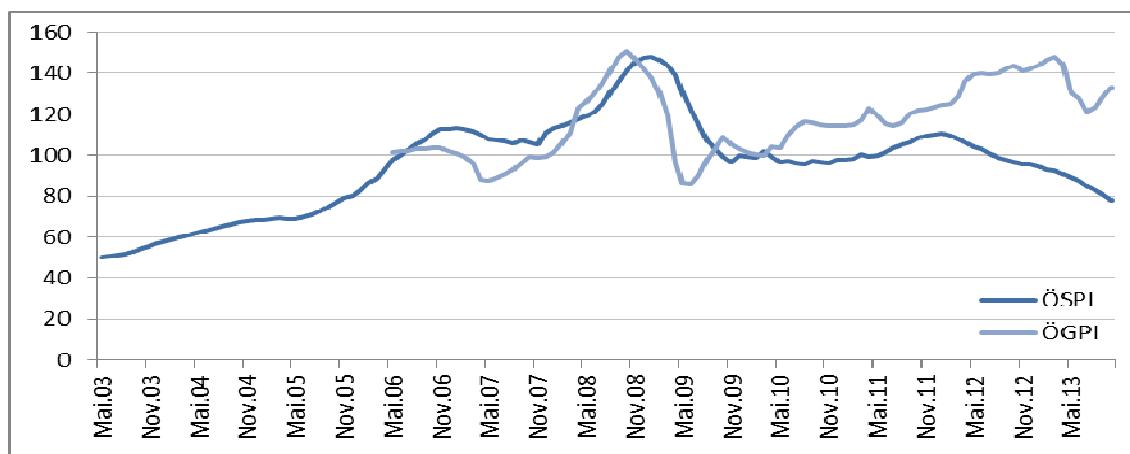


Abbildung 3: Entwicklung des Österreichischen Strom- (ÖSPI) und Gaspreisindexes (ÖGPI), 2003 – 2013; Quelle: Austrian Energy Agency (2009, 2012)³

² Die Definition beinhaltet die gesamten Energiekosten auf Haushaltsebene (Strom, Gas, Wasser, weitere Brennstoffe)

³ <http://www.energyagency.at/fakten-service/energie-in-zahlen/energiepreisindex.html>

Zwischen den Erhebungsbeginn-Zeitpunkten der beiden Konsumerhebungen hat sich der Strompreisindex von 66,94 Punkten im September 2004 auf 138,64 Punkte im April 2009 mehr als verdoppelt. Steigen die Energiepreise bis zum Jahr 2008 noch an, kam es 2009 weitgehend zu einer Entspannung des Preisniveaus.

Steigende Energiepreise werden auf politischer Ebene oft in Zusammenhang mit Zuschüssen für einkommensschwache Haushalte diskutiert. Ein Heizkostenzuschuss soll dazu beitragen, Preissteigerungen für Privathaushalte aufzufangen. Die Höhe solcher Zuschüsse ist jedoch in der Regel von den Entwicklungen des Energiepreisindex abgekoppelt (Kopatz 2010: 18).

4.2. Energiearmut in der Grazer Bevölkerung

Die Anzahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte hängt massiv davon ab, welche Definition angewandt wird. Tabelle 5 stellt mehrere Definitionen gegenüber und vergleicht Graz mit anderen österreichischen Regionen. Soweit möglich, wurden die Werte basierend auf Sekundärdaten der EU-SILC 2011 und der Konsumerhebung 2009/2010 berechnet. Die Prozentanteile für Graz werden auf die Gesamtzahl an 128.849 Grazer Privathaushalten in 2011 hochgerechnet⁴.

		Graz	Städte >100000 Einw. außer Wien & Graz	Steiermark	Österreich
Datenbasis: EU-SILC 2011					
energiearme Haushalte nach... UK-Definition	8,3% ca. 10.700 Haushalte	8,8%	4,6%	4,1%
	... Definition E-Control	2,2% ca. 2.800 Haushalte	7,8%	4,1%	2,5%
	... Definition EU-SILC	2,8% ca. 3.600 Haushalte	2,8%	1,1%	2,6%
Datenbasis: Konsumerhebung 2009/2010					
energiearme Haush. nach... UK-Definition	10,8% ca. 13.900 Haushalte	5,4%	15,5%	11,6%
	... Definition E-Control	3,3% ca. 4.300 Haushalte	2,3%	4,7%	4,1%

Tabelle 5: Von Energiearmut betroffene Haushalte.

⁴ 128.849 Privathaushalte gemäß Registerzählung 2011 der Statistik Austria. EU-SILC 2011 nennt 118.000 Haushalte, die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria nennt in 2011 139.400 und in 2012 135.000 Privathaushalte. Die Registerzählung ist genauer, da aus Verwaltungsregistern abgeleitet, während EU-SILC und Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung aus Stichproben hochgerechnet werden.

Stadt Graz (2013) führt 152.573 Wohnungen in 2011 und 165.590 Wohnungen in 2012 an. Neben Wohnungsläerstand dürfte die Diskrepanz zwischen der Anzahl an Privathaushalten und Wohnungen darauf zurückzuführen sein, dass in 2012 30.318 Personen mit Nebenwohnsitz in Graz lebten (das sind 10,1% der Grazer Bevölkerung). Bei einer Haushaltsgröße von rund 2 Personen in Großstädten entspricht das etwa 15.000 Nebenwohnsitz-Privathaushalten.

Ausgehend von diesen Definitionen und Sekundärdaten lässt sich festhalten, dass **etwa 3.000-10.000 Haushalte in Graz als energiearm eingestuft werden können**. Diese Abschätzung unterliegt aber hoher statistischer Ungenauigkeit aufgrund kleiner Substichproben für die Region Graz.⁵

4.3. Subjektiv wahrgenommene Energiearmut: Zeitliche Entwicklung 2004 – 2011

In den Haushaltsumfragen des EU-SILC wird gefragt, ob es sich Haushalte ihrer Einschätzung nach nicht leisten können, einen bestimmten Wärmestandard aufrecht zu erhalten. Dabei ist zu beachten, dass die subjektive Wahrnehmung von Energiearmut durch die Betroffenen in vielen Fällen nicht mit einer konzeptionell-definitorischen Ortung des Phänomens einhergehen muss (wie es etwa in einer Studie von Waddams Price et al. der Fall ist; vgl. Waddams Price et al. 2012: 19).

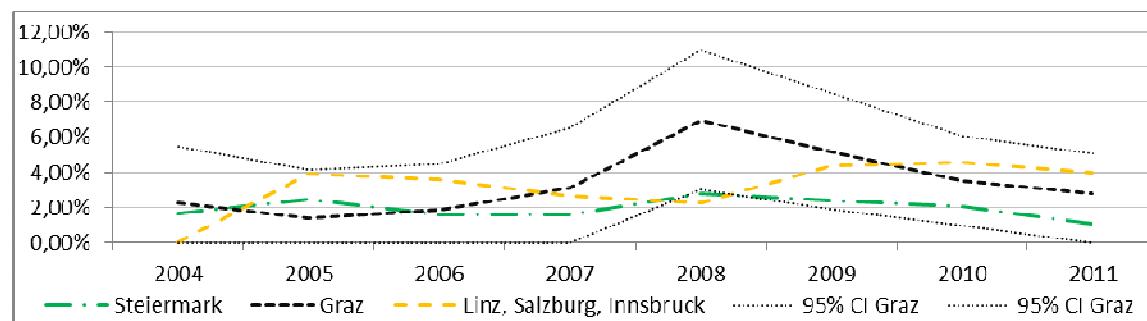


Abbildung 4: Subjektive Wahrnehmung von Energiearmut: „Können Sie sich leisten, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten?“ - Antworten mit „Nein“ in % für Graz, Steiermark, Städte >100.000 Einw.; Quelle: EU-SILC 2004 - 2011

Im Jahr 2011 gaben 2,6% aller Österreicherinnen und Österreicher an, dass sie es sich nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warm halten zu können. Die subjektiv wahrgenommene Energiearmut lag in der Steiermark im Zeitraum von 2004 bis 2011 kontinuierlich unter dem österreichweiten Schnitt und betrug im Jahr 2011 1,1%. In Graz und den weiteren österreichischen Großstädten liegt sie leicht über diesem Schnitt; Grazer Haushalte sind etwa gleich oft betroffen wie Haushalte aus anderen Großstädten. Veränderungen zwischen 2004 und 2011 liegen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite und deuten nicht auf einen zunehmenden oder abnehmenden Trend bei subjektiver Energiearmut hin.⁶

⁵ Die Diskrepanzen zwischen EU-SILC 2011 und Konsumerhebung 2009/2010 könnten darauf zurückgeführt werden, dass (1) Haushaltsausgaben für Energie in der Konsumerhebung detailliert mittels Konsumtagebuch erfasst und in Heiz-, Strom-, etc. -Kosten aufgeschlüsselt werden, während EU-SILC nur einen Summenbetrag für Betriebskosten erhebt, der auch Kosten für Hausverwaltung, etc. beinhaltet kann. Eine Aufschlüsselung nach Strom- und Heizungskosten erfolgt erst seit EU-SILC 2012. Weiters wird (2) in EU-SILC das Jahreseinkommen erfragt, während die Konsumerhebung das Monatseinkommen erhebt, wo das 13./14. Monatsgehalt und Sonderzahlungen nicht vollständig angegeben werden könnte.

⁶ Die angegebenen Zahlen unterliegen großer Schwankungsbreiten. In Abbildung 1 wurde daher das Konfidenzintervall für Graz, d.h. jener „Vertrauensbereich“ innerhalb dem sich der gemessene Wert mit 95%iger Wahrscheinlichkeit in der Grundgesamtheit bewegt, angegeben.

4.3.1. Abschaltquoten

Abschaltquoten der Strom- und Gasversorgung müssten seitens der Energieanbieter seit Ende 2012 bekannt gegeben werden, in der Regel ist dies jedoch noch selten der Fall. Die Häufigkeit von Abschaltungen kann daher nur grob geschätzt werden.

In Wien sind laut Expertenaussagen ca. 20.000 - 40.000 Haushalte von Totalabschaltungen betroffen (Experteninterview NELA: 414). Hochgerechnet von Müller (2013: 7) waren **rund 1.500 Grazer Haushalte bereits von Abschaltungen betroffen**; diese Schätzung wird auch durch ein Experteninterview bestätigt. Im Vergleich zu Großbritannien mit 0,1% weist Österreich eine relativ hohe Rate an Totalabschaltungen auf.

4.3.2. Heizkostenzuschussbeziehende

Der Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark kann einmalig pro Heizperiode von privaten Haushalten beantragt werden und soll einkommensschwache Haushalte finanziell unterstützen. Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses sind Einkommensgrenzen in Kombination mit der Haushaltsstruktur.⁷

Abbildung 5 zeigt den Anteil formell anspruchsberechtigter Haushalte für Graz und die Steiermark⁸. Der Anteil bezugsberechtigter Grazer Haushalte hat in den letzten Jahren leicht zugenommen und betrug im Jahr 2011 knapp 12%. Im Jahr 2011 waren demnach **etwa 14.000 Grazer Haushalte Heizkostenzuschuss-bezugsberechtigt**.

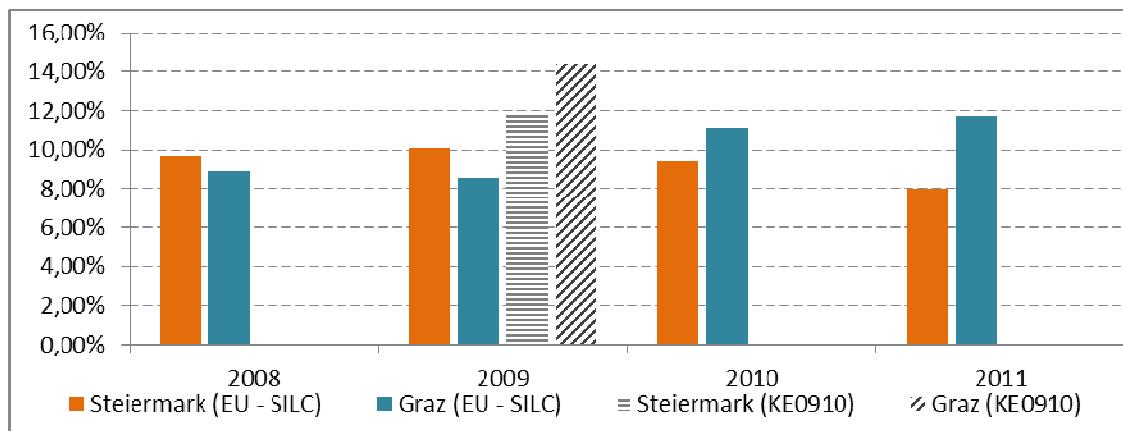


Abbildung 5: Anteil der Heizkostenzuschussberechtigten Haushalte an allen steirischen und Grazer Haushalten im Jahresvergleich

Die Vergleichsdaten der Konsumerhebung für 2009 liegen in der gleichen Größenordnung wie die EU-SILC Daten; der Unterschied liegt im Rahmen der statistischen

⁷ Im Jahr 2013: 977,50€ monatliches Einkommen für Einpersonenhaushalte bzw. AlleinerzieherInnen, 1465,50€ für Ehepaare bzw. sonstige Mehrpersonenhaushalte. Die Höhe des Zuschusses ist von verwendeten Heizungsanlage abhängig und beträgt im Jahr 2013 120€ für ölbefeuerte und 100€ für alle sonstigen Heizungsanlagen.

⁸ Als Berechnungsgrundlage wurden die Heizkostenzuschuss Richtlinien der jeweiligen Heizperioden herangezogen

Schwankungsbreite aufgrund der geringen Stichprobengröße. Expertenaussagen zufolge gehe die Zahl der HeizkostenzuschussbezieherInnen in den letzten Jahre deutlich nach oben, was für eine Verschärfung des Energiearmutsproblems spricht (Experteninterview Land Steiermark: 65).

5. Charakterisierung von energiearmen Haushalten

5.1. Betroffene Personengruppen

Besonders häufig von Energiearmut betroffene Personengruppen wären, auch international, konsistent vier Gruppen (vgl. Experteninterview NELA: 187): Pensionistinnen und Pensionisten; alleinerziehende Mütter; Personen mit Migrationshintergrund; sowie Sozialhilfebezieher und Langzeitarbeitslose.

Die E-Control (2013) kritisiert jedoch, dass die verschiedenen Definitionen von Energiearmut gänzlich unterschiedliche Bevölkerungssegmente abbilden. Während in energiearmen Haushalten nach E-Control-Definition vermehrt alleinstehende Personen, Pensionisten und Personen in übergroßen Wohnungen vertreten sind, erfasst die EU-SILC-Definition vorrangig alleinstehende Personen, Männer und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (Pichler 2013: 38).

Die E-Control argumentiert weiter, dass obwohl die Energieausgaben der gemäß EU-SILC-Definition energiearmen Haushalte in Realität oft nicht sonderlich hoch sind, sich die betroffenen Personen davon überdurchschnittlich stark belastet fühlen.⁹ Knapp 60% der subjektiv energiearmen Österreicher sehen sich von ihren gesamten Wohnkosten stark belastet. Unter subjektiv nicht-energiearmen Haushalten beträgt dieser Anteil nur 12,4%. Jeder fünfte der subjektiv energiearmen Haushalte ist ohne Erwerbsbeteiligung.

Wie wenig sich die Definitionen überlappen, zeigt sich auch in den hier analysierten Sekundärdaten. Jene Haushalte, die sowohl die UK10-Definition erfüllen und als auch sich gemäß EU-SILC-Definition subjektiv als energiearm einschätzen, können als akut von Energiearmut Betroffene eingestuft werden. Im EU-SILC 2011 Datensatz fallen lediglich 33 Befragte in diese Schnittmenge; das entspricht 0,5% der österreichischen Bevölkerung. Diese kleine Stichprobe kann dennoch einen wertvollen Einblick in die Lebenswelt energieärmer Menschen geben:

Fast zwei Drittel dieser Personen leben in Wien. Knapp ein Drittel der Betroffenen hat mit Feuchtigkeit, Fäulnis oder Undichtheit sowie dunklen Räumen in der Wohnung zu kämpfen. Zwei Drittel der betroffenen Personen sind alleinlebend, von diesen sind die meisten Frauen.¹⁰ Obwohl jede dritte Person von Arbeitslosigkeit betroffen war, sind die durchschnittlichen, monatlichen Betriebskosten mit etwas über 200€ exorbitant hoch. Nur jeder bzw. jede fünfte kann sich plötzlich zu tätigende Ausgaben in Höhe von 900€ leisten.

⁹ http://www.e-control.at/de/presse/aktuelle-meldungen/fachtagung-energiearmut?utm_medium=rss%2526amp;utm_source=Fachtagung%2520Energiearmut%2526amp;utm_campaign=rss_presse; vgl. Müller (2013)

¹⁰ Obwohl im gesamten SILC Datensatz aus dem Jahr 2011 nur 33 Personen in diese Schnittmenge fallen, bestätigt sich hier vor allem, dass alleinlebende Frauen tatsächlich sehr häufig von Energiearmut betroffen sind (vgl. Experteninterview NELA: 190)

5.2. Wohnsituation energieärmer Haushalte

In der Analyse der Sekundärdaten zeigt sich, dass von Energiearmut betroffene Personen wesentlich häufiger in Gebäuden, die vor 1980 gebaut wurden, leben (Abbildung 6). Auch im Projekt Grätzeleltern hat man festgestellt, dass Energiearme mit ungleich höherer Wahrscheinlichkeit in älterer Baustuktur angesiedelt sind: Hier lebten die Betroffenen Personen größtenteils in Gebäuden mit Baujahr vor 1945, mit schlechtem Sanierungsstand und Schimmelbefall (Christanell 2013: 7).

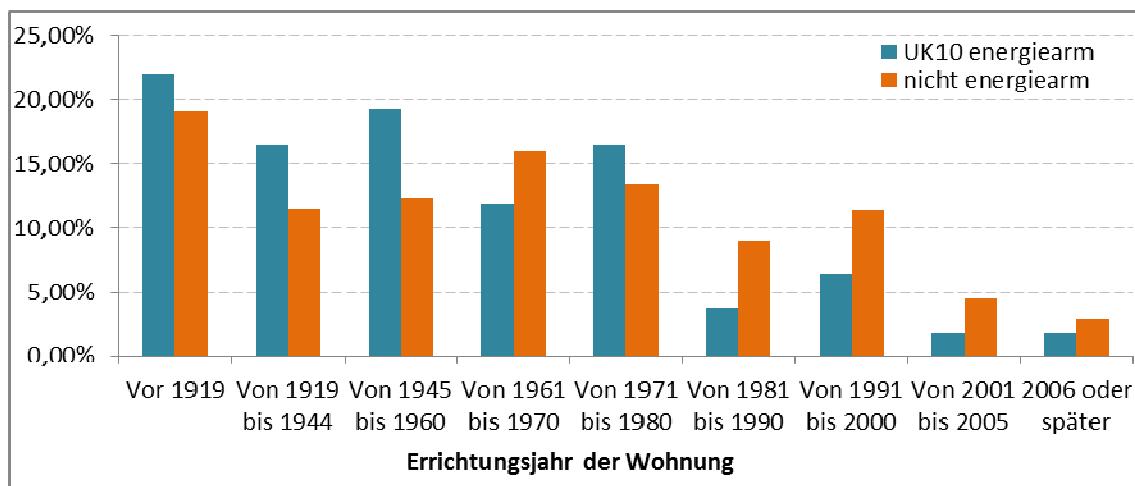


Abbildung 6: UK10 energiearme / Nicht energiearme Haushalte in österreichischen Großstädten (> 100.000 EW) nach Errichtungsjahr der Wohnung; Quelle: Konsumerhebung 2009/10

5.3. Verwendung von Energieträgern

Nach UK10-Definition energieärme Haushalte in Graz und anderen österreichischen Großstädten (außer Wien) heizen öfter mit den festen Brennstoffen Holz (21,7%) und Kohle (4,3%). Knapp ein Viertel der energiearmen Haushalte in Österreich verwendet Heizöl als Brennstoff; bei den nicht betroffenen Haushalten ist dies hingegen nur jeder zehnter.

Bei nicht-energiearmen Haushalten sind hingegen sowohl alternative Energieformen als auch Fernwärme verbreiteter. Nicht-energiearme Grazer Haushalte waren gemäß Konsumerhebung 2009 zu knapp 60% an das Fernwärmennetz angeschlossen; bei energiearmen Haushalten war es hingegen nur ein Drittel.

Auch bezogen auf alle steirischen Haushalte kann diese unterschiedliche Nutzung von Energieträgern durch energieärme Haushalte nachgewiesen werden. Das häufige Heizen mittels Holzofen durch energieärme Haushalte wird für Graz unabhängig von der jeweiligen Energiearmutsdefinition bestätigt. Aus Sicht der Betroffenen mögen besonders die gute Kostenkontrolle sowie die Unabhängigkeit von Energienetzen attraktiv scheinen.¹¹

¹¹ Die Unterschiede zwischen energiearmen und nicht-energiearmen Haushalten sind aber nicht signifikant.

6. Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut

Maßnahmen gegen Energiearmut können auf mehreren Ebenen getroffen werden. Folgende Zusammenstellung versucht einen Überblick über bereits bestehende sowie mögliche zukünftige Maßnahmen zu geben und unterscheidet hier zwischen

- **finanziellen Zuschüssen**, welche die finanzielle Belastung betroffener Haushalte durch Energiepreise minimieren können
- **Strukturmaßnahmen**, die u.a. die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Energiearmut schaffen sowie
- **Sachzuschüsse, Beratungs- und Informationsmaßnahmen**, wie z.B. Energieberatungen, Gerätetauschaktionen etc. die im Wesentlichen zu einer Energieeffizienzsteigerung im Haushalt führen.

6.1. Finanzielle Zuschüsse

6.1.1. Gebäudesanierung und Umstellung von Heizsystemen

Als wesentliche Ursache für Energiearmut wird häufig das Problem energie-ineffizienter Wohnsituationen genannt. In Österreich sind 60% des Gebäudebestandes sanierungsbedürftig, die jährliche Sanierungsquote liegt bei etwa 1%. Eine Steigerung der Quote auf 3% wird angestrebt, diese ist in den letzten Jahren jedoch durchgehend nicht erreicht worden (Experteninterview Land Steiermark: 415). Einkommensschwache Personen leben besonders häufig in Gebäuden mit unzureichender thermischer Isolierung. Das Land Steiermark bietet mit der "*Umfassenden energetischen Sanierung*" und der "*Kleinen Sanierung*" Förderdarlehen für Wohnhäuser, Wohnungen und Wohnheime an, um die Energieeffizienz solcher Objekte zu steigern.¹²

Auch die Umstellung auf ein modernes Heizungssystem kann zu erheblichen Energieeffizienzsteigerungen im Haushalt führen. Die Stadt Graz versucht die Investitionsschwelle für finanziell schlechter gestellte Haushalte zu mindern, indem sie WohnungseigentümerInnen, HauptmieterInnen, dinglich Nutzungsberechtigten und PächterInnen „*Förderungen für Heizungsumstellungen*“ der bisherigen Wohnungsheizung auf Fernwärme oder Erdgas gewährt, sofern bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden¹³. Bei Haushalten, die für die Brennstofffaktion des Grazer Sozialamtes oder für den Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark anspruchsberechtigt sind, werden 100% der Investitionskosten gefördert.

¹²<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11679862/74837517/>

¹³http://www.graz.at/cms/dokumente/10186904_410977/1d92d74a/A23_018922_2004_0054_A8_46229_2011_4%20GR_Bericht%20FoerderungRL_Heizung_AKT_ltMailFeb2_17h18.pdf

Im Rahmen der Energiestrategie Steiermark 2025 unterstützt das Land Steiermark die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie. Die Direktförderungen des steirischen Umweltlandesfonds richten sich an Haushalte, die die Errichtung von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien planen (z.B. moderne Holzheizungs-, thermische Solar-, oder Photovoltaikanlagen). Die Förderhöhen sind von der jeweiligen Anlage abhängig, können jedoch z.B. bis zu 2.000€ bei thermischen Solaranlagen oder 1.400€ bei modernen Heizungsanlagen (Pellets- oder Hackschnitzelheizung) betragen.¹⁴

Wirkungen: Thermische Sanierungen hätten laut Expertenaussagen in Österreich großes Potential. Evaluationen britischer Sanierungsprojekte („Warm Zones“), die sich gezielt an energiearme Haushalte richteten, konnten in ausgewählten Gebieten eine Minimierung energieärmer Haushalte um 50% innerhalb einer dreijährigen Periode ausweisen (Bsp. Stockton).

Das *Kirklees Warmzone Project* war eines der größten Projekte, welches im Rahmen der britischen Warm Front Initiative in den Jahren von 2007 bis 2010 durchgeführt wurde. Bis heute gilt *Warm Zone Kirklees* als großer Erfolg: An den betroffenen Haushalten wurden Sanierungsarbeiten im Bereich des Dachs, der Gebäudefassade sowie Tauschaktionen für energieeffizientere Lampen durchgeführt. Insgesamt konnten über 165.000 Haushalte erreicht werden: 31% von ihnen nahmen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der thermischen Isolierung auch tatsächlich in Anspruch.

Es hat sich gezeigt, dass das Projekt nicht nur das Ausmaß von Energiearmut allgemein einschränken konnte, sondern auch wesentlich zur Reduzierung von CO₂-Emissionen beigetragen hat; für die nächsten 40 Jahre wurde eine Reduzierung von 934 Tonnen prognostiziert (Mourik & Rotmann 2013: 30).

Kirklees wird zudem (wie viele andere Projekte auch) als nicht unwesentlicher Wirtschaftsfaktor gesehen, da bei Gebäudesanierungen vorwiegend auf inländische Betriebe zurückgegriffen und mindestens die Hälfte der Förderungen für Arbeitskosten verwendet wird, die wiederum Einkommenssteuern lukrieren (Boardman 2012: 6).

Treffsicherheit: Gebäudesanierungen richten sich i.d.R. nicht explizit an energiearme Haushalte, wirken daher nur indirekt auf Betroffene.

Förderungen dieser Art dürften jedoch noch viel zu selten in Anspruch genommen werden: Erfahrungsberichten von Experten zufolge seien zur Verfügung gestellte Förderungen für Heizungsumstellungen in Graz – trotz außerordentlich attraktiver Förderungen von bis zu 100% bei besonders bedürftigen Personen – nicht in Anspruch genommen worden (Experteninterview Land Steiermark: 186).

Auch der im Kirklees-Projekt genannte Anteil von 31% aller Haushalte, die Fördermaßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung in Anspruch nahmen, kann angesichts des hervorragenden Förderangebots als erstaunlich niedrig angesehen werden. Im Projektbericht wird hier vor allem der Aufwand für die betroffenen Haushalte (Aufräumen des Dachbodens etc.) angesprochen, der belastender als der (oft geringe) finanziellen Aufwand erscheint. Möglicherweise bestehen auch Handlungsbarrieren, dass

¹⁴ <http://www.technik.steiermark.at/cms/beitrag/11805031/59689784/>

sich viele der betroffenen Personen schlichtweg schämen, ihre soziale (Not-)Lage zuzugeben. Auch kann das Mieter–Vermieter Dilemma (siehe unten), ein Hemmnis bei der Investition in Sanierungsmaßnahmen sein.

Referenzprojekte:

- „Umfassende energetische-“ und „Kleine Sanierung“ des Landes Steiermark
- „Direktförderungen des Steirischen Umweltlandesfonds“, im Zuge des Luftreinhalteprogramms Steiermark - Altkesselpaket
- „Förderung für Heizungsumstellungen“ der Stadt Graz
- „Warm Zones Project“, Großbritannien¹⁵

Synergien / Konflikte: Sanierungsmaßnahmen könnten aus einem Energieeffizienzfonds finanziert werden, um den Energieverbrauch energieärmer Haushalte zu reduzieren (Experteninterview Land Steiermark: 131). Konflikte können aufgrund des Mieter–Vermieter-Dilemmas entstehen (Sanierungsmaßnahmen werden oftmals auf Grundlage von Interessenskonflikten nicht durchgeführt).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Bewerbung dieser Förderprogramme unter energiearmen Haushalten, etwa über Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen
- Überprüfung der Förderabwicklung auf technisch-planerische oder bürokratische Hürden
- Wechseln von fallbezogener Fördervergabe zu gebietsbezogener Fördervergabe (vgl. Warm Zones in Großbritannien)
- Definition von Mindeststandards: Für englische Sozialwohnungen definiert der „Decent Homes Standard“ ein bestimmtes Maß an thermischen Komfort. Voraussetzung dafür sind ein effizientes Heizsystem sowie eine effiziente Isolierung. Als Richtwerte für die Isolierung gelten: 50mm Dachisolierung bei Haushalten mit Gas- oder Ölheizung bzw. 200mm bei jenen mit Stromheizung.¹⁶

6.1.2. Heiz- und Energiekostenzuschüsse

Durch den „Heizkostenzuschuss“ des Landes Steiermark werden einkommensschwache Haushalte finanziell unterstützt. Um beziehungsberchtigt zu sein, dürfen bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden (in 2013: bei alleinstehenden Personen bzw. AlleinerzieherInnen: € 977,- bei Ehepaaren bzw. Haushaltsgemeinschaften: € 1.465,50). Die Zuschüsse werden pro Heizperiode gewährt und umfassen 120€ für Ölheizungen und 100€ für sonstige Energieträger. Anträge von Grazer Haushalten werden von den Stadtbezirksamtern abgewickelt.¹⁷

Das Sozialamt Graz (Referat für Mindestsicherung und Sozialhilfe) vergibt für Sozialhilfebezieher mit geringem Einkommen 2-mal jährlich einen Betrag von 51€ zur

¹⁵ <http://www.cse.org.uk/downloads/file/pub1061.pdf>

¹⁶ <http://web.archive.org/web/20080624131323/http://www.decenthomesstandard.co.uk/about/standard>

¹⁷ <http://www.soziales.steiermark.at/cms/ziel/69312935/DE/>

*Abdeckung von Energiekosten.*¹⁸ Dieser Betrag wird häufig als „Brennstoffkostenzuschuss“ bezeichnet. Zusätzlich können Hilfen zur Sicherung des Heizbedarfs und bei Stromrückstand ausbezahlt werden.

Zudem besteht die Möglichkeit, eine Befreiung von der Ökostrompauschale und jenem Teil des Ökostromförderbetrags, der jährlich 20 Euro übersteigt, zu beantragen (Friedl 2012: 187). Anspruchsberechtigt sind Sozialhilfe- und Pensionsbezieher sowie Studenten und Pflegegeldbezieher.¹⁹

Wie Heizkostenzuschüsse gewährt werden, ist österreichweit nicht einheitlich geregelt. In Wien etwa wurden Heizkostenzuschüsse in Form finanzieller Zuwendungen erst kürzlich abgeschafft und durch die „*Wiener Energieunterstützung*“ ersetzt, welche die Betroffenen alternativ mit Sachleistungen (etwa: Tausch alter, energieineffizienter Geräte) unterstützt.²⁰

Wirkungen: Punktuell; führen zu einer finanziellen Entlastung der Betroffenen. Nachdem energiearme Haushalte pro Jahr rund 1400€ für Heizkosten und rund 1100€ für Stromkosten²¹ ausgeben, ist die finanzielle Entlastung relativ gering.

Ein oftmals erwähnter Kritikpunkt ist, das Heizkostenzuschüsse in der Regel nicht widmungsbezogen sind und am eigentlichen Ziel vorbei gehen, wenn der Haushalt die Fördersumme für andere Haushaltsausgaben verwendet (Experteninterview NELA: 472). Heizkostenzuschüsse werden unabhängig von der Effizienz des Heizsystems vergeben.

Treffsicherheit: Heizkostenzuschüsse würden in der Steiermark im Vergleich zu den letzten Jahren vermehrt in Anspruch genommen werden (Experteninterview Land Steiermark: 65). Scham der Betroffenen oder Intransparenz der Förderrichtlinien werden zum Teil als Barrieren genannt, die Anspruchsberechtigte daran hindern, Zuschüsse in Anspruch zu nehmen.

- Kopatz et al. (2010: 17) nennt eine Inanspruchnahme von 18,9% der Bezugsberechtigten im Zuge des ersten bundesweiten Heizkostenzuschusses in Deutschland.
- Nach Veogl-Guthann (2013: 4) beziehen derzeit nur 12.000 Personen in der Steiermark einen Heizkostenzuschuss; hochgerechnet von EU-SILC 2011 und Konsumerhebung 2009/2010 wären alleine in Graz 14.000 Haushalte anspruchsberechtigt.
- Österreichweit sind 245.000 Haushalte für eine Befreiung von Ökostrompauschale und -förderbeitrag anspruchsberechtigt, aber nur 85.000 Haushalte sind tatsächlich befreit (Veogl-Guthann 2013: 7).

Referenzprojekte: Heizkostenzuschüsse anderer Bundesländer

¹⁸ <http://www.graz.at/cms/beitrag/10069615/374667>

¹⁹ <http://www.e-control.at/de/konsumenten/strom/meine-rechte/befreiung-von-oekostromkosten>

²⁰ <http://derstandard.at/1350260588280/Wiener-Heizkostenzuschuss-Ab-2013-Sachleistungen-statt-Geld>

²¹ Errechnet aus Konsumerhebung 2009/10; Energiearm nach E-Control Definition

Synergien / Konflikte: Energiekostenzuschuss wird in Kombination mit Sozialhilfe bezogen und ist daher an dessen Richtlinien gekoppelt.

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Zuschüsse an Investitionen in energieeffiziente Wohnungsausstattung koppeln (Friedl 2012: 192)
- Zuschüsse über den Energieausweis an die realen Heizkosten anpassen
- Vereinfachung der Vergabekriterien, Abstimmung der Vergabekriterien für Zuschüsse der Stadt, des Landes und des Bundes
- Zuschüsse in widmungsbezogene Sachleistungen umwandeln und mit Energieberatungen koppeln

6.2. Strukturmaßnahmen

6.2.1. Energieeffizienzfonds

Energieversorgungsunternehmen sind gemäß der EU-Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU verpflichtet, nachfrageseitige Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs um 1,5% pro Jahr zu setzen. Bei Nichtereichung dieses Ziels sind Ausgleichszahlungen von Energieversorgungsunternehmen in einen Energieeffizienzfonds vorgesehen. Die Mittel des Fonds werden zweckgebunden für Maßnahmen der Energieeffizienzsteigerung verwendet (Energieplan 2005-2015 des Landes Steiermark: 82). Im Steirischen Landtag wurde im April 2013 ein Antrag verabschiedet, der Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie forcieren soll.²²

Zurzeit ist noch unklar, wo in der Verwaltung dieser Fonds angesiedelt ist, mit welchen Mitteln er dotiert ist und nach welchen Kriterien er diese Mittel vergibt. Mithilfe des Energieeffizienzfonds könnten unter anderem kleininvestive Maßnahmen für einkommensschwache Haushalte finanziert werden (Brunner et al. 2011: 53).

Im Zuge eines Projekts zur CO₂-Emissionsreduzierung hat die Stadt Heidelberg einen Stromsparfonds eingerichtet. Privathaushalte erhalten ab einer Einsparung von 10 Prozent (im Vergleich zum Mittel der letzten beiden Vorjahresrechnungen) eine feste Prämie (z.B. 25 Euro) sowie zusätzlich eine Prämie für jede darüber hinaus eingesparte Kilowattstunde (z.B. 10 Cent). Solche Maßnahmen können z.B. auch mit bestehenden Energieberatungsprojekten verbunden werden (Eisenmann et al. 2008: 19).

Wirkungen: Mittel aus dem Fonds können zur Durchführung kleininvestiver Maßnahmen in energiearmen Haushalten eingesetzt werden (Fensterdichtungen, Thermostate, Boilertausch, etc.).

Treffsicherheit: Zielt insbesondere auf Maßnahmen ab, die ansonsten nicht durchgeführt werden würden

²² <http://www.landtag.steiermark.at/cms/beitrag/11404578/58064506/>

Referenzprojekte:

- Geplante Einrichtung eines Energieeffizienzfonds im Rahmen des Energieplan 2005–2015 des Landes Steiermark
- VERBUND – Stromhilfe Fonds der Caritas²³

Synergien / Konflikte: Kann in Verbindung mit Sanierungsmaßnahmen bzw. Energieberatungen eingesetzt werden.

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Einbringen in die entsprechende Arbeitsgruppe, um Effizienzmaßnahmen für energiearme Haushalte in den Vergabekriterien des Fonds zu verankern

6.2.2. Gestaltung der Tarifstrukturen

Auch die Gestaltung der Tarifstrukturen seitens der Energieunternehmen ist in den Experteninterviews oftmals kritisiert worden und betrifft einkommensschwache und energiearme Haushalte im Speziellen. Tarife sind grundsätzlich so aufgebaut, dass sie einen fixen Grundpreis pro Monat und einen variablen Arbeitspreis beinhalten. Mittlerweile sei eine Verschiebung weg vom Arbeitspreis hin zum Grundpreis zu beobachten. Dies führe im Wesentlichen dazu dass je mehr Kilowattstunden man verbraucht, desto günstiger wird die spezifische Kilowattstunde. Überhöhte Grundpreise führen daher zu tieferen Arbeitspreisen, was einen Mehrkonsum begünstigt. Jemand der spart kommt daher spezifisch in einen immer höheren Energiepreis (Experteninterview AK Steiermark: 356).

Sondertarife der Energieanbieter können dabei helfen, energiearme Haushalte bei ihren Zahlungsschwierigkeiten zu unterstützen. Bedürftige haben etwa die Möglichkeit bei der Energie Graz um einen „Strombonus“ in Höhe der monatlichen Zahlungseinstufung anzusuchen. Kann ein entsprechender Bedürftigkeitsnachweis erbracht werden, wird dem Antragsteller ein Monat im Jahr gratis Strom gewährt (Benke et al. 2012a: 9). Oftmals kann aber auch ein Wechsel zu einem anderen Energieanbieter ein erhebliches Ersparnis mit sich bringen.

Wirkungen: Kompensation steigender Strompreise durch Stromboni

Referenzprojekte: Strombonus der Energie Graz, der Energie Klagenfurt und diverser anderer Energieanbieter

Synergien / Konflikte: Zu tiefe Arbeitspreise untergraben die Rentabilität von Effizienzinvestitionen; Stromboni können mit dem Ansatz zum Energiesparen zu motivieren in Konflikt stehen, da sie den Eindruck erwecken, dass es Energie quasi „umsonst“ gibt.

²³ <http://www.verbund.com/cc/de/verantwortung/corporate-citizenship/stromhilfefonds-der-caritas>

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Gespräche mit Energieunternehmen zum Angebot von Sozialtarifen führen
- Bewerbung der Möglichkeit zum Wechsel des Stromanbieters unter energiearmen Haushalten, etwa über Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen

6.2.3. Aktionsplan gegen Energiearmut

Großbritannien zeigt als Vorreiter bei der Erarbeitung einer nationalen Strategie, dass eine systematische Auseinandersetzung mit der Problematik wesentlich zur Bekämpfung des Phänomens beitragen kann (Brunner et al. 2011: 65). Zielsetzung der „Fuel Poverty Strategy“, die im Jahre 2001 entwickelt wurde, ist die Bekämpfung von Energiearmut bis zum Jahr 2018. Wesentlich zum Erreichen dieses Ziels beitragen soll das *Warm Front Scheme*, das sich auf die Sanierung von Heizungssystemen richtet. Im Jahr 2000 wurden in etwa 2 Millionen Haushalte bei der Sanierung von Heizsystemen unterstützt (Friedl 2011: 2). Für die betroffenen Haushalte wurden Förderungen in Höhe von 2700 Pfund (etwa 3000 Euro) bzw. bis zu 4000 Pfund (4570 Euro; falls ein Öl-befeueretes Zentralheizungssystem benötigt wird), für die Installation von Heizungssystemen bereitgestellt. Unter die Förderrichtlinie fielen vor allem Haushalte mit älteren Bewohnern, Familien mit Kindern sowie Bewohnern mit körperlicher Beeinträchtigung bzw. Langzeiterkrankungen. Im Durchschnitt konnten Energieeinsparungen in Höhe von 300 Pfund (342 Euro) im Jahr erzielt werden (*Warm Front Scheme* 2009: 9).

In Österreich gibt es hingegen bis jetzt weder eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut, noch eine einheitliche Definition. Auf Länderebene ist vor allem Oberösterreich richtungsweisend. Im Zuge einer spezifischen Handlungslinie werden dort flächendeckende Initiativen in Form von Energieberatungen und Gerätetauschaktionen durchgeführt. Möglichkeiten zur Beantragung von Befreiungen von der Ökostrompauschale, die Vergabe von nationalen Unterstützungen, Energieberatungsaktionen u.a. sollen in Oberösterreich dabei helfen, Energiearmut einzudämmen (Friedl 2012: 187).

Die Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung von Energiearmut wird bereits seitens der EU thematisiert und angeregt. Hierbei sieht vor allem die EU-Strombinnenmarkt-Richtlinie durch die Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen die Sicherstellung der Stromversorgung für sozial schwache Haushalte vor (EU Richtlinie 72/2009). Auch die Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU schlägt explizit Effizienzmaßnahmen in energiearmen Haushalten vor. In vielen anderen Ländern ist Energiearmut zudem ein Thema, das auch stark mit Zielen der Umweltpolitik verknüpft ist (z.B. in Hinblick auf CO2-Reduzierung).

Referenzprojekte:

- EU-Strombinnenmarkt-Richtlinie (EU Richtlinie 72/2009)
- „Warm-Front Scheme“ des National Audit Office, Vereinigtes Königreich (Hart et. al 2009)

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Einrichten einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines städtischen Aktionsplans

6.2.4. Energiemindestsicherung

Bei einer Energiemindestsicherung haben energiearme Haushalte Anspruch auf eine Grundversorgung mit Energie, bemessen nach Referenzverbräuchen von Haushalten ähnlicher Größe in ähnlichen Wohnsituationen. Spitzer et al. schlagen die Berücksichtigung des Energieausweises in Hinblick auf eine bedarfsbezogene Mindestsicherung vor: „*Der Gebäudepass [= Energieausweis] könnte dazu instrumentalisiert werden, dass der Energieverbrauch für das Erreichen eines gesunden Raumklimas errechnet werden kann. Dieser Verbrauch sollte von der bedarfsbezogenen Mindestsicherung abgedeckt werden, sodass eine gesunde Wohnumgebung für alle in Österreich lebenden Menschen sichergestellt ist.*“ (Spitzer et al. 2012: 9f).

Wirkungen: Die Wirkungen der Energiemindestsicherung wurden im Projekt NELA in ExpertInnenworkshops mittels SWOT-Analyse besprochen (Brunner et al. 2011: 56).

Synergien / Konflikte: Die Höhe der Energiemindestsicherung könnte auf Basis des (errechneten) individuellen Heizverbrauchs bestimmt werden.

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Gespräche mit Politik und Sozialpartnern auf Bundes- und Landesebene, um die Einführung einer Energiemindestsicherung voranzutreiben

6.2.5. Abschaltprävention

Enge Regeln zum Schutz von KundInnen können energiearme Haushalte vor einer Totalabschaltung durch Energieversorger bei Zahlungssäumigkeit und den damit einhergehenden gesundheitlichen und sozialen Folgen schützen. Gemäß Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) 2010 müssen Netzbetreiber bei Zahlungsverzug mindestens zwei Mal mit einer jeweils zweiwöchigen Nachfrist mahnen, d.h. im Extremfall kann eine Abschaltung binnen eines Monats erfolgen.

Energieabschaltungen sind durchaus keine Seltenheit und können im Falle ihrer Durchführung die betroffenen Personen massiv belasten. Im Projekt NELA, in dem 50 energiearme Haushalte befragt wurden, waren mehr als ein Viertel der befragten Personen bereits von Energieabschaltungen betroffen. Im Pilotprojekt gegen Energiearmut des ÖIN hatten 14% der Teilnehmer bereits eine Abschaltung (Christianell 2013: 16). Erfahrungswissen der Betroffenen spielt eine entscheidende Rolle: Die Betroffenen bekommen mit der Zeit ein Gefühl, wie ein konkreter Energieversorger im Fall eines Zahlungsverzugs handelt. Da dieses Wissen mit einem Anbieterwechsel verloren ginge, ist ein Umstieg zu einem anderen Anbieter eher unwahrscheinlich (Spitzer 2012: 7).

Präventionsmaßnahmen gegen Abschaltungen sind (Veigl-Guthann 2013: 12; vgl. die Maßnahmen zu Verbrauchsfeedback, unten):

- kürzere Rechnungsintervalle, für besseres Verbrauchsfeedback und zur Vermeidung der Akkumulation hoher Nachzahlungen
- vorzeitige Warnung bei drohender Nachzahlung
- Ratenzahlung
- Umstellung auf einen Prepaid-Zähler
- Schulung von Mitarbeiter für die Bearbeitung kritischer Fälle, Einrichtung einer Ombudsstelle

Da Energiegesellschaften in Österreich zum Teil in Hand der Länder sind, können Abschaltungen quasi als Nullsummenspiel gesehen werden, da sich diese wiederum auf die (von den Ländern bereitgestellten) Sozialabgaben auswirken. Als weiterer belastender Faktor kommen Gebühren hinzu, die bei Wiedereinschaltung von den Betroffenen verlangt werden. Diese betragen, laut Anfrage an das Wirtschaftsministerium vor einigen Jahren noch bis zu 250 Euro, sind mittlerweile dank gesetzlicher Regelungen jedoch weit niedriger (Experteninterview NELA: 347).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Gespräche mit Energieunternehmen zur Umsetzung von Präventionsmaßnahmen gegen Abschaltungen

6.2.6. Überbrückung des Mieter–Vermieter Dilemmas

Ein oftmals diskutiertes Problem in Hinblick auf die Energieeffizienzsteigerung von Wohneinheiten ist das Mieter–Vermieter Dilemma. Ausgangspunkt der Diskussion ist der Umstand, dass Mieter durch niedrigere Energiekosten von Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung in Wohneinheiten profitieren, für die Vermieter jedoch kein entsprechender Anreiz besteht solche Investitionen auch tatsächlich zu tätigen, da sie sowohl erhöhte Energiekosten als auch eventuelle Einsparungen direkt an die Mieter weiter geben. Im Gegenzug lohnt es sich für Mieter nicht, in ihre Wohnung zu investieren, wenn sie nicht die Sicherheit haben, dass ihnen der Gegenwert ihrer Investition am Ende des Mietverhältnisses vom Vermieter abgelöst wird.

Modernisierungsbedingte Mieterhöhungen lösen oft einen Wohnungswechsel einkommensschwacher Haushalte aus und können daher in diesem Sinne keine Lösung des Problems darstellen. (Neitzel et al. 2011: 97).

Verschiedene Modelle versuchen, eine modernisierungsbedingte Erhöhung der Miete an die Höhe der erzielbaren Energiekosteneinsparung zu koppeln. Der Mieter wird hiermit in die Lage versetzt, Energieverbrauch und –kosten einzusparen und beteiligt sich im Gegenzug zumindest in dieser Höhe an der Investition in die Energieeffizienz fördernden Maßnahmen. Hier stellt sich aber vor allem das Problem, dass das zukünftige Energiekostenersparnis nicht verlässlich vorherbestimmt werden kann (Neitzel et al. 2011: 108).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Gespräche mit Politik und Sozialpartnern auf Bundes- und Landesebene, um Modelle zur Kostenteilung zwischen MieterInnen und VermieterInnen voranzutreiben

6.3. Sachzuschüsse, Beratungs- und Informationsmaßnahmen

6.3.1. Energieberatungen für einkommensschwache Haushalte

Energieberatungen wurden ursprünglich nicht für armutsgefährdete Haushalte konzipiert, sondern waren ein Instrument mit Fokus auf die in Eigentum lebende Mittelschicht. Effiziente Verhaltensweisen, wie das richtige Lüften der Wohnung, können helfen mehrere hundert Euro im Jahr zu sparen. Professionelle Beratungen sind in diesem Sinne eine effektive Maßnahme, um einen Wandel von alltäglichen Verhaltensroutinen zu erwirken. Mittlerweile werden Energieberatungen auch weitgehend als praktikable Maßnahme zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten anerkannt. Typische Maßnahmen im Rahmen von Energieberatungen sind zum Teil kostenneutral und umfassen unter anderem: Tipps für Selbst-Monitoring des Energieverbrauchs, richtiges Lüften, Raumtemperaturabsenkung, Fensterdichtungen, etc. (Proidl 2009: 5).

Die Erreichbarkeit betroffener Haushalte wird oftmals als Problem diskutiert. Den Beratungen vorgesetzte Maßnahmen können ein Bewusstsein für die Vorteile einer Energieeffizienzsteigerung durch Energieberatungen schärfen, wie etwa Feedbackmaßnahmen durch Smart Metering sowie staatliche Fortbildungen im kommunikativen und technischen Bereich (Novikova 2011: 4). Aktuelle Energieberatungsprojekte, die sich gezielt an einkommensschwache Haushalte richten, kooperieren zudem mit diversen Sozialeinrichtungen, die bei den Beratungen als „Türöffner“ dienten (z.B. Volkshilfe, Caritas).

Das Projekt „Grätzeletern“, welches sich mit benachteiligten Haushalten in strukturschwachen Wohngebieten des 6. und 15. Wiener Gemeindebezirks auseinandersetzt, befasst sich insbesondere mit jenen Personengruppen, die aufgrund von sprachlichen Barrieren, Unsicherheiten oder Ängsten von Institutionen besonders schwer erreicht werden. Grätzeletern meint jene Personen, die den „Missing Link“ zwischen bestehenden, professionellen Angeboten zur Energiearmutbekämpfung und Haushalten in schwierigen Wohnsituationen herstellen. Diese Personen vermitteln Wissen zu verschiedenen Ansprechstellen und agieren ehrenamtlich. Indem sie vielmehr als „Nachbarn“ agieren, die selbst aus der Lebenswelt der betroffenen Personen stammen, fällt es wesentlich leichter eine Vertrauensbasis aufzubauen und etwaige Barrieren zu überwinden (Kirsch – Soriano da Silva 2013: 5).

Das ISOE-Projekt „Cariteam Energiesparservice“ setzt ebenfalls lebensweltnahe Berater für Haushalte mit geringem Einkommen ein, indem Langzeitarbeitslose zu Energieberatern ausgebildet werden (Dünnhoff et al. 2006: 18).

Auch die E-Control startete in Kooperation mit der Caritas im Jahr 2009 erstmals ein österreichisches Projekt zu „Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten“

in ausgewählten Haushalten in Wien und Niederösterreich. In Tirol wurde mit dem Projekt „EnergiesparhelferInnen für Tirol“ ein ähnliches Projekt gestartet.

Seit April 2011 läuft auch in der Steiermark eine Beratungsaktion für einkommensschwache Haushalte, die vom Landes Energie Verein Steiermark und der Caritas initiiert worden ist. Je nach Bedarf werden Energiespargüter für bedürftige Haushalte abgegeben (z.B. Kühlschrankschrankthermometer, schaltbare Steckdosenleisten; Benke 2012a: 21). Darüber hinaus bietet das Land Steiermark einen Energieberatungsservice an, dessen Erstberatungen kostenlos in Anspruch genommen werden können.²⁴

Da die Qualität der Angebote teilweise erheblich variieren kann (und es auch keine entsprechende Zertifizierung für dieses Berufsfeld gibt), wäre eine Plattform im Internet sinnvoll, um Interessentinnen und Interessenten einen Überblick zu geben, wo und von wem sie sich beraten lassen können. Für Österreich bietet etwa die Austrian Energy Agency eine solche Plattform an, die einen Überblick über die entsprechenden Angebote in den Bundesländern gibt.²⁵

Wirkungen: Erfahrungen aus bisherigen Beratungen bestätigen, dass Energiesparpotenziale vielfach vorhanden sind, bestimmte Maßnahmen (wie z.B. Sanierungen, Heizungstausch etc.) jedoch oftmals außerhalb des eigenen Wirkungsbereichs liegen (Proidl 2009: 6). Durch Energieberatungen bestünden Einsparpotenziale von bis zu 25%, ein durchschnittlicher Haushalt könne Energiekosten von bis zu 430 Euro im Jahr einsparen (Proidl 2009: 6). Der VERBUND-Stromhilfefonds der Caritas umfasst Energieberatung und Gerätetausch und erzielte jährliche Einsparungen von ca. 1.500 kWh und 300€ pro Haushalt (McGinn 2013: 7).

Bisherige Initiativen haben den Charakter von Pilotprojekten, die jeweils mehrere hundert Haushalte erreichen. Es gibt noch keine praktischen Erfahrungen mit einem Breiteneinsatz in einem gesamten Stadtgebiet.

Treffsicherheit: Die (standardisierte) Schulung von Multiplikatoren in einkommensschwachen Milieus kann zum Abbau von Handlungsbarrieren und somit zur besseren Erreichung energieärmer Haushalte beitragen (vgl. Projekt SELF).

Referenzprojekte:

- Projekt SELF (Sustainable Energy Consulting for Low – Income and Migrant Families) im Auftrag der ARGE Energieberatung Wien
- Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten, E-Control
- Pilotprojekt „EnergiesparhelferInnen für Tirol“; Kooperation der Innsbrucker Kommunalbetriebe IKB AG, TIWAG Tiroler Wasserkraft AG und Caritas

Synergien / Konflikte: Energieberatungen können als Teil eines umfassenderen Maßnahmenpaketes, etwa in Kombination mit Gerätetauschaktionen, angeboten werden.

²⁴ <http://www.technik.steiermark.at/cms/ziel/82233481/DE/>

²⁵ <http://www.energyagency.at/fakten-service/verbraucherinfos/energieberatung.html>

Kosten: Für ein, von der E-Control vorformuliertes Beratungspaket (u.a. Energieberatung, Bereitstellung von 1 bis 2 effizienten Haushaltsgeräten, Bereitstellung von kleineren technischen Maßnahmen wie Thermostaten, Dämmfolien etc.) wurden Kosten von rund 1.000 Euro geschätzt (Pridl 2009: 29).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Initiierung eines Pilotprojekts zur Vorbereitung des Breiteneinsatzes in Graz

6.3.2. Gerätetauschaktionen

Mithilfe von Gutscheinen können alte gegen wesentlich effizientere, neue Geräte „getauscht“ bzw. diese zu einem verringerten Kaufpreis käuflich erworben werden. Durch eine Förderung in Form eines Gutscheins soll die Widmungsbezogenheit der Förderung erreicht und der Parallelbetrieb ineffizienter Altgeräte zusätzlich zu energiesparenden Neugeräten verhindert werden (Experteninterview Land Steiermark: 168). Um den Markteintritt höchsteffizienter Geräte zu erleichtern, werden zudem punktuelle Zuschüsse für solche Geräte mit noch geringem Marktanteil empfohlen (Eisenmann et al. 2008: 20). Da es in Österreich keine einheitliche Regelung für den Heizkostenzuschuss gibt, werden Gerätetauschaktionen mittlerweile als ernsthafte Alternative angesehen (vgl. Wien), da sie die Betroffenen in die Lage versetzen, technisch als auch wirtschaftlich geringere Energieverbräuche zu haben.

Treffsicherheit: Die E-Control formuliert auf ihrer Homepage Beispiele für jährliche (Energie-) Kostenersparnisse durch Tausch alter gegen neue, energieeffiziente Geräte:²⁶

- | | |
|---|----------|
| • Tausch Waschmaschine Klasse A gegen Klasse C | ca. 20,- |
| • Tausch Kühl-/ Gefrierkombi Klasse A gegen Klasse B+ | ca. 29,- |
| • Tausch Wäschetrockner Klasse A gegen Klasse B | ca. 39,- |

Referenzprojekte: Wiener Energieunterstützung

Synergien / Konflikte: Sinnvoll in Kombination mit Energieberatung, bei der entschieden wird, welche Geräte im betroffenen Haushalt ausgetauscht werden.

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Umstellung von Energiekostenzuschüssen zu einem Zuschuss zu Gerätetausch

6.3.3. Verständliche Energierechnungen

Die Bedeutung personalisierter, lebensweltnaher Energieinformationen wird wiederholt in der Literatur unterstrichen (Abrahamse et al., 2005; Bartiaux, 2008). Energie gilt als „Low-Interest-Produkt“ – Konsumenten haben wenig Interesse, sich mit ihrem Verbrauch auseinanderzusetzen (Fischer, 2007; van Dam, Bakker & van Hal, 2010). Umfangreiche gesetzliche Regelungen haben zu einer Detailfülle an Informationen auf der

²⁶ <http://www.e-control.at/de/konsumenten/energie-sparen/energie-und-geld-sparen>

Stromrechnung geführt, aus denen fachfremde Normalverbraucher nur schwierig die relevanten Angaben herausfiltern können. Niedriger Bildungsstand, kulturelle Barrieren oder geringes Technikinteresse können diese Problematik zusätzlich verschärfen.

Verständliche Energierechnungen bereiten die Kerninformationen knapp und übersichtlich auf. Sinnvoll sind Vergleiche zu Vorjahreswerten oder zu einem persönlichen Einsparziel, zu einem österreichischen Durchschnittshaushalt, zu ähnlichen Haushalten in der gleichen Wohngegend, etc. (Experteninterview NELA: 374). Um möglichen kontraproduktiven Mehrverbrauch durch Haushalte, die unter einem Vergleichswert liegen, zu verhindern soll innerhalb der Energierechnungen auf die Vorteile weiterer Einsparungsmaßnahmen hingewiesen werden. Zu empfehlen sind grafische Darstellungen, etwa mit einem Ampelsystem oder Smileys. Abgeleitet von der Verbrauchscharakteristik des Haushalts können personalisierte Energiespartipps gegeben werden.

Treffsicherheit: Eine von Novikova et al. publizierte Gegenüberstellung von mehreren Studien, die die Wirkung von verständlichen Energierechnungen mittels Kontrollgruppen Vergleich evaluiert haben, konnte ein Einsparpotential zwischen 1–10% (mit einem Medianwert von 5%) der Energiekosten feststellen. (Novikova 2011: 10).

Referenzprojekte:

Zahlreiche Energieunternehmen in den USA bieten informative Home Energy Reports, häufig in einem Format der Firma Opower (www.opower.com).

Synergien / Konflikte:

Die Notwendigkeit verständlicher Energieinformationen betrifft gleichermaßen Verbrauchsfeedback: Regelmäßige Rückmeldungen sind nur sinnvoll, wenn sie verstanden und praktisch umgesetzt werden können. Energierechnungen in kurzen Abständen (z.B. monatlich) seien nur unter Verwendung von Smart Metern möglich (Brunner et al. 2011: 58).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Gespräche mit Energieunternehmen über ein informatives Beiblatt zur regulären Stromrechnung

6.3.4. Verbrauchsfeedback durch Smart Metering oder kürzere Rechnungsintervalle

Durch das Sichtbarmachen der Konsequenzen ihres Energieverbrauchshandelns können Privathaushalte Wissen und Handlungskompetenzen zu Energiesparen erwerben. Unreflektiertes und habitualisiertes Routinehandeln kann durch Feedback aufgebrochen werden. Feedback ist wirksamer, wenn es zeitnah, d.h. in möglichst kurzem Zeitabstand zum Verbrauchsverhalten, und kontinuierlich, d.h. regelmäßig über mehrere Wochen oder Monate hinweg, angeboten wird. Energieverbräuche können in kWh, in Euro (um Sparverhalten zu motivieren) oder in kg CO₂ (um Klimaschutz zu motivieren)

rückgemeldet werden (Berger 2011: 40).

Zurzeit erhalten Endverbraucher nur bei der Jahresrechnung Verbrauchsfeedback. Ärmere Haushalte mit geringem frei verfügbarem Einkommen können Nachzahlungen von mehreren hundert Euro nur schwer bewältigen (Experteninterview NELA: 338). Zahlungsrückstände können nicht bestimmten Alltagshandlungen zugerechnet werden, wodurch die Grundlage für eine sinnvolle Verhaltensänderung fehlt.

Zeitnahe und kontinuierliches Verbrauchsfeedback kann vermittelt werden über:

- Kürzere Rechnungsintervalle, etwa monatliche oder quartalsweise Energierechnungen. Damit kann auch die Akkumulation von hohen Nachzahlungen vermieden werden.
- Prepaid-Zähler, bei denen ein Energieguthaben im Voraus zu bezahlen ist (Boardman 2004: 1930). Der Haushalt hat eine direkte Rückmeldung, wie schnell er sein Guthaben aufbraucht.
- Smart Metering mit der Darstellung von tagesaktuellen Verbräuchen auf einem Webportal. Österreichische Energieunternehmen müssen bis Ende 2015 10% und bis Ende 2019 95% aller Haushalte mit Smart Metern ausstatten und ihnen individuelle Verbrauchsinformationen am Folgetag online zur Verfügung stellen (IME-VO 2012).

Wirkungen:

Mehrere Überblicksstudien²⁷ berichten für den US-amerikanischen und den europäischen Raum durchschnittliche Energieeinsparungen von Feedbacksystemen zwischen 0 bis 15%. Einsparungen in dieser Größenordnung zeigten sich auch bei österreichischen und deutschen Pilotversuchen in den letzten Jahren²⁸. Ein Vergleich mehrerer Evaluationsstudien nennt ein realistisches Einsparpotential im Bereich von 5% (Novikova et al. 2011: 12).

Tagesaktuelle Smart Meter-Messwerte führen bestenfalls zu geringfügig höheren Einsparungen als kürzere Rechnungsintervalle oder Prepaid-Zähler. Für erfolgreiches Energiesparen dürfte daher weniger eine exakte Verbrauchsrückmeldung wichtig sein als eine regelmäßige Erinnerung und Kontrolle, bereits gefasste Vorsätze zum Energiesparen umzusetzen (Seebauer & Wolf, 2013).

Treffsicherheit:

Prepaid-Zähler haben sich in Großbritannien für einkommensschwache Haushalte bewährt (Darby, 2006). Die Wirkung von Smart Metering kann deutlich geringer ausfallen, wenn Haushalte über schwächeres Umweltbewusstsein, geringere Energiesparmotivation und geringeres Technikinteresse verfügen und nicht freiwillig an Smart Metering teilnehmen (Wallenborn et al., 2011; Bitzan & Seebauer, 2012).

²⁷ Boardman & Darby (2000), Abrahamse et al. (2005), Darby (2006), Fischer (2007), Martiskainen (2007), Kester, Burgos & Parsons (2010), Raw & Ross (2011), Renner (2011)

²⁸ Schleich et al. (2011), Kollmann (2011, 2012), Gruber, von Roon, Schwentze (2012)

Referenzprojekte:

- €CO2-Management der Energie Graz (Seebauer & Wolf, 2013)
- E-Motivation der Linz AG (Kollmann, 2011, 2012)
- Vorarlberger Kraftwerke AG (Gruber, von Roon, Schwentzek, 2012)
- zahlreiche weitere Smart Metering Pilotprojekte, etwa von Salzburg AG, Stadtwerke Feldkirch, Bewag, Energie Steiermark AG, EVN AG (BMVIT, 2010)

Synergien / Konflikte:

Verbrauchsfeedback ist wirksamer, wenn es mit einer Vermittlung von Energiespartipps (z.B. in Energieberatungen) und mit einer Selbstverpflichtung der Haushalte, ein gewisses Einsparziel in einem bestimmten Zeitraum zu erreichen, gekoppelt wird (Abrahamse et al., 2005).

Zusätzliche finanzielle Anreize, die über geringere Energiekosten durch reduzierten Verbrauch hinausgehen, haben sich als weniger wirksam erwiesen (Wirtshafter et al., 2007; Raw & Ross, 2011).

Empfehlungen für die Stadt Graz:

- Koordination mit Energieunternehmen zur laufenden Umsetzung von Smart Metering: Ausrichtung von Energieinformationssystemen auf Menschen mit Bildungs- oder kulturellen Barrieren, Umsetzung kürzerer Rechnungsintervalle

6.4. Conclusio zu Maßnahmen

Da Energiearmut eine Querschnittsmaterie ist, wird die Verantwortlichkeit für die Problematik zwischen verschiedenen politischen Ressorts (Sozial-, Energie-, Wohnpolitik) geteilt. Es besteht derzeit keine Klarheit, wer auf Bundes- und Landesebene für Fragestellungen der Energiearmut zuständig ist. Die Energie- und Wohnpolitik kann durch Maßnahmen für energieeffiziente Wohnungsausstattung und Gebäudesanierung, die Sozialpolitik kann durch finanzielle Zuschüsse dazu beitragen, die Auswirkungen niedrigen Einkommens sowie hoher Energiepreise abzuschwächen (Friedl 2011: 3).

In der Steiermark gibt es noch keine Plattform, die einen Überblick über sämtliche Fördermaßnahmen und Energieberatungsprojekte verschiedener Institutionen gibt, welche die Betroffenen zusätzlich in Anspruch nehmen können. Vergleichbar ist hier die österreichweite Plattform www.energiearmut.com des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung, die einen Überblick über bereits bestehende Projekte zur Bekämpfung von Energiearmut auf Landesebene bietet.

Aus der Literatur sowie aus dem Vergleich mit anderen Bundesländern und Staaten zeigt sich klar ein Abwenden vom bisher vorherrschenden Regime an finanziellen, nicht widmungsgebundenen Zuschüssen. Neuere Maßnahmen richten sich auf die Ursachen von Energiearmut via Gerätetausch und Investitionen in Gebäudehülle und Heizsystem, via Veränderung des alltäglichen Verbraucherverhaltens und via gesetzlicher Regelungen, die eine Verschärfung von Energiearmut hin zu einer sozialen Notlage verhindern sollen, wie es etwa bei Abschaltung (noch) geschehen kann.

7. Zentrale Aussagen aus den Experteninterviews

Betroffene Personen

Überdurchschnittlich oft seien Pensionistinnen und Pensionisten, alleinerziehende Mütter, Leute mit Migrationshintergrund sowie Einkommensschwache (Sozialhilfebezieher, Arbeitslose etc.) von Energiearmut betroffen (Experteninterview NELA: 189). Als prinzipielles Problem wurde mehrmals die Erreichbarkeit dieser Personen angesprochen: Die Betroffenen selbst hätten oft Scheu beziehungsweise mangelndes Wissen oder Möglichkeiten um sich an beratende Stellen zu wenden und bereits bestehende Förderungen und Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Neuere Forschungsprojekte versuchen den Zugang zu den Personen mittels Sozialhilfeorganisationen zu finden, die als „Türöffner“ dienen können (z.B. Caritas, Volkshilfe).

Lebenssituation der Betroffenen

Energiearmut und die damit verbundenen Schwierigkeiten sind in vielen Fällen nur Teilauspekte einer weitaus umfassenderen Problemlage, in der sich die betroffenen Personen befinden. Auch hätten Betroffene meist eingeschränkte Handlungsspielräume, da ihre Energiekonsumpraktiken in eine gewisse Struktur eingebettet sind. Von Energiearmut betroffene Haushalte befinden sich insofern in einem Teufelskreis: Da sie sich in einer finanziell angespannten Lage befinden, sind sie oftmals auf alte, energieineffiziente Geräte angewiesen. Vor dem Hintergrund ihrer Lebenssituation weisen die Haushalte zudem einen höheren Energieverbrauch auf als jene Haushalte, die nicht von Energiearmut betroffenen sind. Dadurch entstehen proportional höhere Kosten, die die Problemlage der Personen verschärfen.

Vernetzung zwischen Akteuren

Die Vernetzung zwischen den, in Hinblick auf die Bekämpfung von Energiearmut relevanten, Organisationen (z.B. Energieunternehmen, soziale Organisationen, Förderstellen etc.) sei noch wenig vorangeschritten. Auch seien die Zuständigkeit noch nicht hinreichend geklärt: Da Energiearmut eine Querschnittsthematik ist, wird die Verantwortlichkeit meist zwischen verschiedenen politischen Ressorts hin- und hergeschoben. Eine gemeinsame Strategie (wie es z.B. im Vereinigten Königreich der Fall ist) ist auf nationaler Ebene noch nicht vorhanden, eine solche sei für eine effektive Eindämmung des Phänomens jedoch dringend von Nöten.

Maßnahmen gegen Energiearmut

Als eine Maßnahme, die den Feedbackaspekt aufgreift und somit energiesparendes Verhalten motivieren soll, wurde die Einführung des Smart Meter angesprochen: Seitens der Experten wird diese Technologie kontroversiell diskutiert: Befürworter der Technologie streichen das Potenzial heraus, die Nutzer durch die Visualisierung von Energieverbräuchen zu energieeffizientem Verhalten zu motivieren. Gegenstimmen äußern Zweifel an der möglichen Funktion einer Fernabschaltung sowie der variablen (tageszeitbedingten) Tarifgestaltung, die von der berufstätigen Bevölkerung kaum zu realisieren sei.

Energieberatungen

Energieberatungen werden von den meisten Experten begrüßt, jedoch sei Art der Durchführung und Dauer für den Erfolg entscheidend. Einmalige Energieberatungen hätten in der Regel nur einen kurzzeitigen Effekt. Sinnvoller wäre es, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das Energieberatungen mit Gerätetauschaktionen und weiteren Maßnahmen verbindet. Ein prinzipielles Problem ist, dass Energieberatungen oftmals nicht evaluiert werden, die tatsächliche Effizienzsteigerung daher oftmals schwer zu quantifizieren sei. Das Angebot an Beratungsaktionen sei zudem noch schwer überschaubar – eine Plattform für die Steiermark, die einen Überblick über das bereits bestehende Angebot gibt sei (noch) ausständig. Es wird seitens der Experten angeregt, Energieberatungen mit weiteren Maßnahmen wie z.B. Gerätetauschaktionen, zu verbinden. Da Energiearmut in der Regel nur Teil einer weitaus umfassenderen sozialen Problemlage ist, sollten auch unterstützende Maßnahmen wie Hilfestellungen bei Behördengängen etc. angedacht werden.

8. Literaturverzeichnis

- Abrahamse, W., Steg, L., Vlek, C., Rothengatter, T. (2005). *A review of intervention studies aimed at household energy conservation.* Journal of Environmental Psychology, 25, 273–291.
- Abrahamse, W., Steg, L., Vlek, C., Rothengatter, T. (2007). *The effect of tailored information, goal setting, and tailored feedback on household energy use, energy-related behaviors, and behavioral antecedents.* Journal of Environmental Psychology, 27, 265–276.
- Appel, Margit & Fernández, Paloma (2012): *Auf der Schattenseite. Mit Energiearmut leben.* In: Gegen Kälte: Energiearmut in Österreich. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs.
- Austrian Energy Agency (2009): *Energiepreise für private Haushalte – Jahresrückblick 2009*
- Austrian Energy Agency (2012): *Energiepreise für private Haushalte – Jahresrückblick 2012*
- Bartiaux, B. (2008): *Does environmental information overcome practice compartmentalization and changes consumers' behaviours?* Journal of Cleaner Production, 16, 1170 - 1180
- Benke, Georg et al. (2012a): *Fuel Poverty in Österreich. Preventing fuel poverty in Austrian households by facilitating energy efficiency improvement and use of renewable energy sources.* e7 Energie Markt Analyse GmbH
- Benke, Georg et al. (2012b): *Politische Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Energiearmut.* e7 Energie Markt Analyse GmbH
- Berger, Thomas (2011): *Energiearmut: Eine Studie über Situation, Ursachen, Betroffene, AkteurInnen und Handlungsoptionen.* Wien: Spectro gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung GmbH
- Bericht an den Gemeinderat: Grazer Feinstaub – Förderpaket; Aktualisierung der Richtlinien für die Förderung von Heizungsumstellungen, Antrag auf Mittelbereitstellung für 2013
- Bitzan, G., Seebauer, S. (2012): *Smart Metering in Privathaushalten. Umsetzungserfahrungen aus dem Pilotversuch €CO2-Management.* In: IEE, Technische Universität Graz (Hrsg.): Proceedings 12. Symposium Energieinnovation
- BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) (2011): *Armutgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009.* Wien: BMASK
- Boardman, Brenda (2012): *1991 to 2012: Personal Recollections.* In: University of Ulster, University of York (Hrsg.): Fuel Poverty 1991 -2012. Commemorating 21 years of action, policy and research.
- Brunner, Karl-Michael et al. (2011): *NELA – nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten.* Wien: WU Wien
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (2010): *Intelligente*

- Energiesysteme der Zukunft. Smart Grids Pioniere in Österreich. Strategien – Projekte – Pionierregionen*, Wien. http://www.energiesystemederzukunft.at/edz_pdf/broschuere_smart_grids_pioniere.pdf.
- Berger, Thomas (2012): *Energiearmut: Entstehung und definitorische Kontext. Energiearmut im europäischen Vergleich*. In: Gegen Kälte: Energiearmut in Österreich. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs.
- Boardman, Brenda (2010): *Fixing fuel poverty. Challenges and Solutions*, London.
- Boardman, Brenda (2004): *New directions for household energy efficiency: evidence from the UK*. Energy Policy 32 (2004) 1921–1933
- Boardman Brenda & Darby Sarah (2000): *Effective advice: Energy efficiency and the disadvantaged*. Environmental Change Institute Research Report 24, University of Oxford, Oxford
- Brunner Karl-Michael, Spitzer Markus & Christianell Anja (2011): *NELA – Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten*.
- Brunner, Karl-Michael, Christianell, Anja und Spitzer Markus (2010): *Energiekonsum, Armut, Nachhaltigkeit*. Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien
- Buzar, Stefan (2007): *Energy Poverty in Eastern Europe. Hidden Geographies of Deprivation*. Hampshire: Ashgate
- Christianell, A. (2013): *Pilotprojekt gegen Energiearmut. Durchführung, Evaluation und Programm*. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfalle Energie?" der E-Control, 14.11.2013.
- van Dam, S., Bakker, C., van Hal, J. (2010). *Home energy monitors. Impact over the medium-term*. Building Research & Information, 38(5), 458–469.
- Darby, S. (2006). *The Effectiveness of Feedback on Energy Consumption. A Review for DEFRA of the Literature on Metering, Billing and Direct Displays*. Environmental Change Institute, University of Oxford.
- E-Control Austria (2012): *Energiearmut in Österreich. Definitionen und Indikatoren*.
- E-Control Austria (2013). *E-Control erarbeitete erstmals Definition von Energiearmut in Österreich*. Presseaussendung, 14.11.2013.
- Europäische Kommission (2007): *Auf dem Weg zu einer Charta der Rechte der Energieverbraucher*. KOM(2007)386 endgültig.
- Eisenmann, Lothar et al. (2008): *CO2-Minderung der Stadt Heidelberg bis zum Jahr 2015*, Endbericht. ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH
- Energieplan des Landes Steiermark 2005–2015*. Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Fachabteilung 13B / Bau- u. Raumordnung, Energieberatung
- Energy efficiency and fuel poverty. Third Report of Session 2008-09*. House of Commons. Environment, Food and Rural Affairs Committee
- Fischer, C. (2007): *Influencing electricity consumption via consumer feedback: a review of experience*. ECEEE Summer Study, Saving Energy – just do it!
- Fischer Klaus & Rosenkranz Clemens (2012): *Handbuch Energiepolitik Österreich*. Wien: Lit Verlag GmbH & Co. KG
- Friedl, Christina (2011): *Energiearmut in privaten Haushalten. Eine Bestandsaufnahme*

- für Oberösterreich im Umgang mit energiearmen Personen.* Energie Institut an der Johannes Kepler Universität Linz
- Friedl, Christina (2012): *Energiearmut in privaten Haushalten. Eine Bestandsaufnahme für Oberösterreich im Umgang mit energiearmen Personen.* In: WISO 3/2012. Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
- Fuel Poverty Strategy. August 2012. Havering, London Borough*
- Gilbertson Jan, Stevens Maryjane, Stiell Bernadette, Thorogood Nicki (2006): *Home is where the hearth is: Grant recipients' views of England's Home Energy Efficiency Scheme* (Warm Front). Social Science & Medicine 63, 946–956
- Gruber, A., von Roon, S., Schwentzek, M. (2012). *Einsparpotenziale des privaten Stromverbrauchs durch Feedback und Beratung.* Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft mbh, München.
- Hart, Ian; Jones, Siân & Sharp, Sarah (2009). *The Warm Front Scheme. Report by the Comptroller and Auditor General.* National Audit Office, London.
- Hills, John (2012): *Getting the measure of fuel poverty.* London: Center for Analysis of School exclusion
- Mourik, Ruth & Rotmann, Sea (2013). Task 24: *Closing the Loop – Behaviour Change in DSM: From Theory to Practice.* International Energy Agency Demand Side Management
- IME-VO Intelligente Messgeräte-Einführungsverordnung 2012. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, ausgegeben am 24.04.2012, 138. Verordnung des BMWFJ.
- Kester, J.C.P.; Burgos, M.J.P.; J. Parsons (2010): *Smart Metering Guide. Energy Saving and the Customer*, Edition 2010, supported by Intelligent Energy Europe, ECN-0--11-004. <http://www.ecn.nl/docs/library/report/2011/o11004.pdf>.
- Kirsch – Soriano da Silva, Katharina (2013): *Grätzeleltern. Ein Nachbarschaftsprojekt im 6. Und 15. Wiener Gemeindebezirk.* In: soziales_kapital, Nr. 9 (2013)
- Kollmann, A. (2011): Executive Summary zum Thema: *Effekte der Verbrauchsinformation. Ergebnisse aus dem Projekt E-Motivation.* Energieabrechnungsoptimierung zur Endverbrauchermotivation, Energie Institut, Johannes Kepler Universität Linz, EnCT.
- Kollmann, A. (2012): *E-Motivation - Energieabrechnungsoptimierung zur Endverbrauchermotivation.* Energie Institut, Johannes Kepler Universität Linz, EnCT, Projektpräsentation.
- Kopatz Michael, Spitzer Markus & Christianell Anja (2010): *Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien.* Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
- Lewis, P. (1982) *Fuel Poverty Can Be Stopped*, National Right to Fuel Campaign, Bradford.
- Liddell Christine, Morris Chris, McKenzie Paul & Rae Gordon (2012): *Measuring and monitoring fuel poverty in the UK: The 10% threshold.* In: Fuel Poverty 1991 – 2012. Commemorating 21 years of action, policy and research.
- Martiskainen, M. (2007). *Affecting consumer behaviour on energy demand. Report to EdF Energy.* Sussex Energy Group, SPRU Science and Technology Policy Research,

- University of Sussex.
- McGinn, B. (2013): *Weg aus der Energiearmut: VERBUND-Stromhilfefonds der Caritas*. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfalle Energie?" der E-Control, 14.11.2013.
- Moore, Richard (2012): *Definitions of fuel poverty: Implications for policy*. Energy Policy, 49, 19-26
- Müller, B. (2013). *Belastung durch Energieausgaben. Energiearmut in Österreich*. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfalle Energie?" der E-Control, 14.11.2013.
- Neitzel Michael, Dylewski Christoph & Pelz Carina (2011): *Wege aus dem Vermieter-Mieter-Dilemma*. Konzeptstudie im Auftrag des GdW-Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- Novikova, Aleksandra et al. (2011): *Informationsinstrumente zur Förderung von Energieeinsparungen im Wohngebäudebestand*. Leibnitz – Informationszentrum Wirtschaft
- Pachauri, Shonali & Spreng Daniel (2010): *Measuring and monitoring energy poverty*. Energy Policy, 39(12), 7497-7504
- Pichler, F. (2013): *Studie der E-Control zum Thema Energiearmut*. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfalle Energie?" der E-Control, 14.11.2013.
- Proidl Harald (2009): *E-Control & Caritas – Pilotprojekt "Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten*. E-Control
- Raw, G., Ross, D. (2011). *Energy Demand Research Project: Final Analysis*. AECOM Limited,
- Renner, S.; Albu, M.; van Elburg, H.; Heinemann, C.; Lazicki, A.; Penttinen, L.; Puente, F.; Sæle, H. (2011) *European smart metering landscape report*. SmartRegions Deliverable 2.1, Wien.
- Santillán Cabeza, Sergio (2010): *Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Energiearmut im Kontext von Liberalisierung und Wirtschaftskrise*. Offizielles Journal der Europäischen Union: Brüssel
- Schleich, J., Klobasa, M., Brunner, M., Götz, S., Götz, K., Sunderer, G., (2011). *Smart metering in Germany and Austria – Results of providing feedback information in a field trial*. Fraunhofer ISI, Working Paper Sustainability and Innovation No. S 6/2011.
- Seebauer, S., Wolf, A. (2013). *€CO2-Management Sub3 Sozioökonomische Begleitforschung. Wirkung auf Nutzerverhalten*. Langfassung. Projektbericht an den Klima- und Energiefonds, Graz.
- Spitzer Markus, Brunner Karl – Michael & Christianell Anja (2012): *Energiearmut und Energieeffizienz. Möglichkeiten zur Erhöhung von Energieeffizienz in energiearmen Haushalten*. 12. Symposium Energieinnovation, 15. – 17.2.2012, Graz / Austria
- Stadt Graz, (2013): *Graz in Zahlen 2013*. Magistrat Graz, Präsidialabteilung, Referat für Statistik.
- Veigl-Guthann, C. (2013): *Maßnahmen gegen Energiearmut. Vortrag bei der Fachtagung "Armutsfalle Energie?"* der E-Control, 14.11.2013.
- Waddams Price Catherine, Brazier Karl, Wang Wenjia (2012): *Objective and subjective measures of fuel poverty*. In: Fuel Poverty 1991–2012. Commemorating 21 years of action, policy and research.

- Wallenborn, G., Orsini, M., Vanhaverbeke, J., Bontinckx, C. (2011), *A feedback lesson. Household appropriation of electricity monitors*. Vortrag bei der Sustainable Consumption Conference, 6.-8.11.2011, Hamburg
- Wirtshafter, R.M., Parlin, K., Hungerford, D., McKinley, K., Bordner, R. (2007). *Desperately Seeking Savings from Small Scale Demand Response: The California Experience*. Energy Program Evaluation Conference, Chicago.

9. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Von Energiearmut betroffene Haushalte in Graz nach Definition	2
Tabelle 2: Politikinstrumente zur Bekämpfung von Energiearmut	4
Tabelle 3: Fallzahlen in Substichproben der Sekundäranalysen	8
Tabelle 4: Definitionen von Energiearmut.....	13
Tabelle 5: Von Energiearmut betroffene Haushalte.....	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Durchschnittliche monatliche Energieausgaben österreichischer Haushalte gesamt und für Treibstoffe, Strom, Raumwärme & Warmwasser, 2003 – 2012.....	15
Abbildung 2: Anteil der Energieausgaben am Haushaltseinkommen für Österreich	16
Abbildung 3: Entwicklung des Österreichischen Strom- (ÖSPI) und Gaspreisindexes (ÖGPI), 2003 – 2013	16
Abbildung 4: Subjektive Wahrnehmung von Energiearmut: „Können Sie sich leisten, die gesamte Wohnung angemessen warm zu halten?“ - Antworten mit „Nein“ in % für Graz, Steiermark, Städte >100.000 Einw.....	18
Abbildung 5: Anteil der Heizkostenzuschussberechtigten Haushalte an allen steirischen und Grazer Haushalten im Jahresvergleich.....	19
Abbildung 6: UK10 energiearme / Nicht energiearme Haushalte in österreichischen Großstädten (> 100.000 EW) nach Errichtungsjahr der Wohnung	22